



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

511 (11.11.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194279](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194279)

# Mannheimer General-Anzeiger

Einzelnummer: 1 Pf. — Preis: 1.50 M. — Abonnement: 1.50 M. — Druck: 1.50 M. —

## Babische Neueste Nachrichten

Einzelnummer: 1 Pf. — Preis: 1.50 M. — Abonnement: 1.50 M. — Druck: 1.50 M. —

### Die Sozialisierung. Die neuen Vorschläge.

Die Mitteilung der Bergwerks-Zeitung über die Einigung des Siebener-Austausches werden bestätigt durch eine Zuschrift an die Wagdeburger Zeitung. Nach dieser ist in der Tat bei den Verhandlungen des Beistandgungsausschusses über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine gewisse Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter erreicht worden. Einzelheiten sind darüber aus Essen bisher nicht gemeldet worden, doch ist anzunehmen, daß die Arbeiter für den Standpunkt der Arbeitgeber Verständnis gezeigt haben, wonach eine sofortige Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues den Ruin der deutschen Wirtschaft bedeuten würde. Auf welcher Grundlage ein Kompromiß erreicht wird, soll Mittwoch in der gemischten Kommission des Reichswirtschaftsrates und des Reichskohlenrates mit Mitgliedern des Beistandgungsausschusses mitgeteilt werden. Die Vorschläge von Hugo Stinnes über die Bildung von Beistandgungserhebungen sind ja schon bekannt, sie bedürfen aber noch der Ergänzung durch Bestimmungen, die das Interesse der Arbeiter an der Erzeugung der Produktion wachrufen. Das Blatt hält es nicht für ausgeschlossen, daß man dabei auf einen Vorschlag zurückkommt, der schon ernsthaft erwogen worden ist, nämlich den Bergarbeitern die Hälfte des Ertrages der Kohlenproduktion zuzuwenden. Schon jetzt betragen die Löhne annähernd die Hälfte der Gesamtunterkosten. Das Neue würde also vor allem in der Steigerung der Löhne gleichmäßig mit dem Steigen der Produktion liegen. Ferner ist anzunehmen, daß die Erschließung neuer Kohlenfelder der Allgemeinheit vorbehalten bleiben werde. Da die jetzt in Betrieb befindlichen Kohlengruben in etwa 15 Jahren abgebaut sein werden, so ergebe sich von selbst ein allmähliches Uebergehen der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft.

Soweit die Mitteilung der Radeburger Zeitung. Gestern hat nun in Berlin weitere Mitteilungen über die Essener Einigungsversuche gemacht worden. Wir erhalten folgendes Telegramm:

Berlin, 10. Nov. (WB.) Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrates und Reichskohlenrates nahm heute von dem Präsidenten Kenntnis, das in der Folge der Essener Verhandlungen über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues von Dr. Silbersberg im Namen von Dr. Barkhold, Stinnes, Dr. Boegler, Imbusch und Wagner erstattet worden war. Der siebente Teilnehmer an den Essener Verhandlungen, Werner (Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten) hat einen Gegenvorschlag eingebracht.

Dr. Silbersberg nahm das Wort zur Lage und zur Begründung seines Gutachtens, das er als Entwurf einer Art von Planwirtschaft bezeichnete. Das Gutachten betrifft die Frage der Sozialisierung sei keine Frage des Bergbaus allein, sondern der Gesamtwirtschaft. Die Frage laufe auf die Frage einer Regelung der Wirtschaft hinaus. Unter Sozialisierung in diesem Sinne könne nur verstanden werden die Sicherstellung, daß alle Produktionsmittel zum höchsten gesamtwirtschaftlichen Interesse vollständig und so rasch wie möglich, ausgenutzt werden, unter gleichberechtigter und vollberechtigter Mitbestimmung und Mitverantwortung aller an der Produktion Beteiligten. In Deutschland könne die Aufgabe des deutschen Volkes nur in zehnfacher Fülle der Ausnutzung seiner physischen und wirtschaftlichen Kräfte gewährleistet werden.

Den breitesten Kreisen des Volkes sei durch eine finanzielle Konstruktion der Gesellschaften die Möglichkeit zu schaffen, sich an dem Unternehmen zu beteiligen. Der Produktionsprozeß müsse quantitativ und qualitativ die höchste Verteilung erfahren. Nur die Erzeugung weitestgehender Reife könne durch den Ausbezug werden. Unter Ablehnung aller Zuschüsse aus lediglich finanziellen Tendenzen sei durch Bildung von natürlichen Interessengemeinschaften von Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung die höchste Produktionsfähigkeit zu gewährleisten.

Durch geeignete Kontrolle der an der Produktion Beteiligten und interessierten Kreise im Aufsichtsrat der Unternehmen sei für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Förderung des Bergbaus zu sorgen. Als Grundlage schlägt er unmittelbare Beteiligung der Arbeiter- und Beamtenchaft durch Kleinaktien zu 100 Mark vor.

Die Beteiligung der Allgemeinheit an den Erträgnissen des Bergbaus sei durch Besteuerung zu gewährleisten. Die Auslösung der Sozialisierungsaktion, als ob der Kohlenbergbau ein von der Gesamtwirtschaft unabhängiges Leben führen könne, berücksichtige die tatsächlichen Verhältnisse und die wirtschaftlichen Potenzen nicht. Die in dem Gutachten niedergelegte Auffassung müsse durch die Gesetzgebung durchgeführt werden, soweit dies möglich sei.

Der wertvollste der Wirtschaftsgemeinschaft freier Anzeiger, Werner, sagte seine eigene Auffassung dar. In der Kommission sprach Wagner, Uebelmeyer, er wurde nicht, daß der Bergbau sich von der übrigen Gemeinwirtschaft so abtrennen lassen könne, wie Werner annehme.

Imbusch, Christl, Arbeiterverband, befuhrwortete das Gutachten der Mehrheit.

Auf Antrag Umbricht, Uebelmeyer, wird die Debatte auf Freitag vertagt, um den Arbeitnehmern Zeit zu einer Verständigung untereinander zu gewähren.

Dresden, 9. Nov. Zu der Sozialisierung des Kohlenbergbaues betont der Verband sächsischer Industrieller heute folgendes:

Der Bergbau ist ein Wirtschaftszweig, der die allgemeine Wirtschaft eine erfolgreiche Tätigkeit entfalten wird, wenn die Kohlenbergbauern, die Bergbauern und die in

der neuen Kohlenwirtschaft sonst tätigen Tausende von Angestellten mit Beamtencharakter unter Abhängigkeit von einem hundertfachen, von politischen Gegenätzen beherrschten Reichskohlenrat zusammengefaßt werden, der die leitenden Ämtern jederzeit durch Zweidrittelmehrheitsbeschluß davonjagen kann. Wie dieses Problem, so bleiben auch die anderen grundsätzlichen Fragen bei der Kohlenwirtschaft ungelöst. Keiner der Vorschläge der Sozialisierungskommission macht sich die Mühe, in Berechnungen und praktischen Nachweisen festzustellen, ob eine Hebung der Produktion, eine Verbilligung der Preise nicht zu erwarten und die Gefahr der staatlichen Verbeamtung vermeidbar ist. Auch der Vorschlag 2 der Sozialisierungskommission hört dort auf, wo die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen. Der Verband fordert daher, daß vor jeder eingehenden Erörterung in die Welt hin ein Bericht der deutschen Kohlenwirtschaft an sorgfältigen Untersuchungen und Berechnungen gemacht wird, daß mit der Sozialisierung oder der Gemeinwirtschaft im deutschen Kohlenbergbau die technischen und wirtschaftlichen Fortschritte wirklich eintreten, die man den Massen verspricht.

### Der Streit in Berlin.

#### Ultimatum des Magistrats.

Berlin, 10. Nov. (WB.) Der Magistrat sieht sich mit Rücksicht auf die durch den Streit der städtischen Elektrizitätsarbeiter hervorgerufene Bedrohung des allgemeinen Wirtschaftslebens zu folgenden Beschlüssen veranlaßt:

1. Die Arbeiter und Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke werden aufgefordert, ihren Dienst nach den Anweisungen der Direktion in vollem Umfange spätestens bis Donnerstag den 11. November nachmittags 3 Uhr aufzunehmen. Die Arbeiter und Angestellten, welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, haben sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten.

2. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird beauftragt, diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche zur Durchführung des Streikens an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vorgenommen haben, durch die eine ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes unmöglich gemacht oder erschwert ist, sowie ferner diejenigen, welche zur Verhinderung dieses Erfolges mitgewirkt haben, zu ermitteln und sofort zu entlassen.

3. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird ferner beauftragt, solche Arbeiter und Angestellten, gegen welche nach den bisherigen Ermittlungen Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie eine unter dieser Nummer 2 angegebene Handlung begangen haben, bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld, unter vorläufiger Besetzung ihrer Bezüge mit zu suspendieren.

4. Berlin, 11. Nov. (Von unserm Berliner Büro.) Nach fünfjährigen Verhandlungen sind die Einigungsbestrebungen mit den Elektrizitätsarbeitern vorläufig als gescheitert zu betrachten. Der Streit geht also weiter. Die Berliner sozialistische Stadterwaltung hat sich allerdings gestern nachmittag entschlossen, das zu tun, was sie schon am Sonntag hätte tun sollen, den Streikenden mit Entlassung in einem kurzfristigen Ultimatum zu drohen.

Aus einer Unterredung eines Mitarbeiters des „Berliner Tageblattes“ mit dem rechtssozialistischen Minister Senering ergibt sich, daß dieser in einer Sitzung des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichspräsidenten, der er beimohnte, schon am Tage zuvor den schleunigen Erlass eines Gesetzes vorgeschlagen hat, das den Streit in lebenswichtigen Betrieben so erschwert, daß nicht jeder syndikalistische Schreiber Tausende in den Streit hineinziehen kann. Zu dem Oberbürgermeister Wermuth, der sich, obwohl einst Staatssekretär im kaiserlichen Deutschland, mit Haut und Haaren sich den Unabhängigen und Kommunisten verschrieben hat, hat Senering bei der Gelegenheit gesagt: „Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich heute (also am Sonntag) noch eine Verfügung herausgehen lassen, nach welcher jeder, der nicht binnen 24 Stunden die Arbeit wieder aufnimmt, entlassen wird.“ Senering hat auch eine Anweisung erlassen, zum Schutze der technischen Beamten der städtischen Betriebe, ohne welche noch Aussage der Sachverständigen, die Rothhilfe ihre Arbeiten nicht verrichten können. Diese hatten die Betriebe beim Einsetzen der Technischen Rothhilfe verlassen, weil sie nicht das Vertrauen zum Magistrat hatten, daß er sie später gegen den Terror der Streikenden schützen würde. Das ist nun durch den Polizeipräsidenten dem Magistrat auferlegt worden. Vorläufig wird man abwarten müssen, was heute mittag geschieht. Alles optimistisch ist man nach den bisherigen Berliner Erfahrungen nicht. Bisher haben alle beherrschenden Anführungen, weil hinter ihnen kein fester Wille stand, nur dazu gedient, den Ausständigen neue Fristen zu gewähren. Auf Grund des Rufes des Berliner Magistrats soll die Technische Rothhilfe heute in erhöhte Alarmbereitschaft treten. Gleichzeitig aber meldet der „Vorwärts“, der in diesen Tagen stöhnend auf beiden Schultern trägt, der Reichsminister des Innern hätte auf Grund des Magistratsbeschlusses (mit dem Ultimatum) für heute die Durchführung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten getroffenen Maßnahmen ausgesetzt. Es bleibt also dabei: ein Schritt vor, zwei zurück.

Die Funktionäre der streikenden Elektrizitätsarbeiter haben, wie der „Vorwärts“ berichtet, gestern erneut über die Lage beraten und beschlossen, sofort eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen, die nach in der letzten Nacht begann und heute früh beendet sein dürfte. Alle amfendenden Gewerkschaftsführer, auch die unabhängigen, hätten zum Ausbruch des Streiks geraten. Aus einer Erklärung, die der Ausschuss der Gewerkschaftskommission heute früh in der „Freiheit“ veröffentlicht, ist aber nicht zu ersehen, daß die Gewerkschaften wirklich für den Abbruch des Streikens stimmten. Da wird nur lebhaft gegen die Verordnung des Reichspräsidenten protestiert und deren sofortige Aufhebung gefordert.

Und die Straßenbahnen streiken natürlich aus „Sympathie“ gleichfalls weiter. Auch der gestiebte sozialistische Stadtrat Dr. Ueber, der sich gestern bei den Delegierten der Straßenbahnen um Wiedereröffnung des Betriebes bemüht hat, ist unerschrocken geblieben. Heute früh sollen die Betriebsräte der Groß-Berliner Straßenbahn zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten, um zu beraten, ob sie in neue Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat eintreten sollen. Auch der sehr ehrenwerte

„Obmann“ Egit atme noch die Luft der republikanischen Freiheit. Er hat gestern noch hier in Berlin in verschiedenen Versammlungen agitiert und eine anscheinend behördliche Stelle beehrt sich im „Berliner Tageblatt“ zu erklären, daß die Staatsanwaltschaft den Ehrenmann lediglich wegen Schiebungen zum Schaden seiner Kollegen verfolge. Mit seiner Tätigkeit als Streikführer hätte der vorliegende Haftbefehl nichts zu tun.

Nach den Andeutungen der „Deutschen Umschau“ wird der Berliner Elektrizitätsstreik auch im Reichstage ein Nachspiel haben. Bei der Haushaltsberatung wird die Frage der obligatorischen Schlichtungsausschüsse und des Schutzes der Arbeitswilligen eingehend erörtert werden, außerdem die Frage des Schutzes gegen kommunistische Gewaltmaßnahmen. Einmal sind diese kommunistischen Gewaltmaßnahmen, soweit sie in den Berliner Arbeitsstätten — in den Gaswerken, in den Fabriken von Ludwig Bode, bei der Knorrremse in Lichterberg, bei den Berliner Elektrizitätswerken — versucht worden sind, ergebnislos geblieben. In ein paar Fabriken hatten eindringende Arbeitslose die Einfügung neuer politischer Betriebsräte verlangt und auch durchgesetzt. Nach dem Abzug der Eindringlinge wurden diese Betriebsräte wieder abgesetzt.

Berlin, 10. Nov. (W. B.) Nachdem sich der Magistrat nunmehr entschlossen hat, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, hat der Reichsminister des Innern für heute die Durchführung der auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten beschlossenen Maßnahmen ausgesetzt. (Den Inhalt dieser Verordnung haben wir in der gestrigen Mittagsausgabe wiedergegeben. D. Schriftl.)

Berlin, 11. Nov. (WB.) Nach einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berl. Lok.-Anz.“ gab der preussische Minister des Innern Severing seiner Befriedigung über das Ultimatum des Berliner Magistrats an die streikenden Elektrizitätsarbeiter Ausdruck. Er enthebe die Reichsregierung und die preussische Regierung der unangenehmen Aufgabe, in die Selbstverwaltung der Städte auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten einzutreten. Sollte jedoch wider Erwarten die erneute Urabstimmung der Streikenden für die Fortführung des Streikens ausfallen, so würden von der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung die vorbereitete Aktion unverzüglich ins Werk gesetzt werden. Zu diesem Zweck würde sofort ein Reichskommissar ernannt werden, der mit der Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten beauftragt werden würde. Für Groß-Berlin würde ihm der Polizeipräsident Richter zur Seite gegeben werden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission protestierte in einer Versammlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, da sie gegen das in der Reichsverfassung gewährleistete Koalitionsrecht einer Gruppe von Arbeitern verstoße. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat in Verbindung mit dem allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gestern bei der Reichsregierung Schritte gegen die Verordnung unternommen. Die sozialdemokratischen Parteien werden aufgefordert, von der Regierung die sofortige Aufhebung der Verordnung zu verlangen.

### Die Regierungsbildung in Thüringen.

#### Unterstützung der Sozialdemokraten durch Demokraten und U. S. V.

Weimar, 10. Nov. (WB.) Heute Abend wurde nach fünfstündiger, zum Teil erregter Debatte die Regierungsbildung für Thüringen vollzogen. Gewählt wurde die sozialdemokratische Liste mit Hilfe von vier Demokraten und elf Unabhängigen, die Kommunisten verhielten sich neutral, die vereinigten Rechtsparteien stimmten dagegen. Die neue Regierung für Thüringen setzt sich zusammen aus den Herren: Dr. Paulsen (Dem.), Dr. Benz und von Brandenstein (Parteilos), Fröhlich (Soz.), Hartmann-Rudolfs (Soz.), Dr. Diesfeld-Sondershausen und Prof. Krüger Gotha (Dem.). Die Einsetzung der Ministerien erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

### Die politische Aussprache im bayerischen Landtag.

München, 11. Nov. (Fr.-Tel.) Die politische Aussprache im bayerischen Landtag wurde gestern fortgesetzt. Nachdem der Ministerpräsident einleitend die Grundzüge der bayerischen Regierungspolitik im Landtag entwickelt hatte, nahmen die Parteiführer die politische Aussprache auf. Es sprach zunächst der Abg. Speck (Bayer. Vp.). An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Redner Bemerkungen über den Staatshaushalt. Er führte aus: Das föderalistische Programm der Bayerischen Volkspartei ist von vielen Seiten falsch gedeutet worden. Wir verwahren uns entschieden gegen jede Anweisung unserer Reichstreue, glauben aber, daß für den föderalistischen Aufbau, der im Interesse des Reiches gelegen ist, auch der Zentralismus eine Gefahr für die Reichseinheit ist. Angesichts des Schmachtfriedens von Versailles, der Schmach im besetzten Gebiet und im Kampf gegen unsere Wirtschaft ernstlich auf die Sympathie von Bayern rechnen zu müssen, dazu gehört die ganze Selbstgefälligkeit der französischen Nation. Der preussische Minister des Innern hat Bayern den Charakter eines Ordnungsstaates abgesprochen. Er hätte aber in seinem eigenen Lande andere Aufgaben, als uns zu schulmeistern. Es wird vielleicht einmal die Zeit kommen, wo man im Reich froh sein wird, sich auf den bayerischen Ordnungsstaat stützen zu können. Die Ralteinote über die Einwohnermehr hat uns den ganzen Ernst der gegenwärtigen Lage beleuchtet. Die Einwohnermehr ist nur eine vorübergehende Einrichtung, kein dauernder Zustand. Dem Ministerpräsidenten bringen wir volles Vertrauen entgegen und hoffen, daß es ihm gelingen wird, uns wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen. (Lebhafte Beifall rechts.) Nach ihm kamen die Sozialdemokraten zum Wort. Der Abg. Dill sagte u. a.: Wir wünschen eine geschlossene und feste Reichseinheit und die Führung der großen Politik durch das Reich. Das bayerische Programm wäre aber tatsächlich der Verfall des Reiches und

unser Anträge auf Aufhebung des Ministeriums des Innern halten wir aufrecht. Die Frage ist eine große Sache noch unklar und unklar. Gewiss, kein Staat kann der nötigen Machtmittel entbehren, was wir absehen, ist aber die politische Betätigung der Organe und ihr Widerstand gegen das Entwaffnungsgesetz. Die Sozialisierung muß kommen. Vom vaterländischen Standpunkt aus meint der Redner, daß das Ruhrgebiet schon längst sozialisiert sein sollte. Die Entente würde den Einmarsch dann niemals bewerkstelligen, sondern das Ruhrgebiet als ein geheiligtes Land betrachten. (Heiterkeit und Chorale von rechts.)

**Politik mit Bierkrügen.**

München, 11. Nov. (Priv.-Tel.) In einer Versammlung des neugegründeten republikanischen Schutzverbandes kam es gestern abend zu Tätlichkeiten. Als ein Redner gegen die Partei und den Teilnehmern eine schwarz-weiß-rote Fahne vorzeigte, schlug man mit Bierkrügen gegen ihn und schleuderte Stühle durch den Saal. Ein Teilnehmer wurde ziemlich schwer verletzt. Nach einiger Zeit legte sich die Aufregung wieder. Nach der Versammlung gab es noch eine endgültige Auseinandersetzung im Saale, bei der einige Gegner wieder erschienen und zwei Schutzleute, die den Angreifer feststellen wollten, was ihnen aber nicht gelang. Mehrere Redner beurteilten die Schlägerei als eine Schmach.

**Die bayerischen Demokraten und die Einwohnerwehr.**

München, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Die Vertreterversammlung der deutschen demokratischen Partei in München hat mit allen gegen drei Stimmen folgende Entschliessung gefaßt: Die Vertreterversammlung des Kreisverbandes München der deutschen demokratischen Partei wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Angriffe, die neuerdings ein sogenanntes „führendes Mitglied“ der deutschen demokratischen Partei Bogerns in der Frankfurter Zeitung gegen die Einwohnerwehr erhoben hat. Gegen die Versuche damit gleichzeitig die Stellung der deutschen demokratischen Volkspartei zu verunklaren, muß Einspruch erhoben werden. Die Haltung der deutschen demokratischen Partei Bogerns zur Einwohnerwehr ist so unklar und unklar, daß die demokratischen Parteimitglieder festgelegt worden, daß auch anonyme Angriffe daran nichts zu ändern vermögen.

**Oberschlesien.**

Beuthen, 10. Nov. Auf dem Wege zu einer Versammlung des Verbandes heimattreuer Oberschlesier in Friedenshütte wurde gestern abend der Arbeiter Magiera durch Schüsse aus einem Hause getötet. Zu der Ermordung wird weiter folgendes mitgeteilt: Magiera befand sich gegen 8 Uhr auf dem Nachhausewege aus einer Gesellschaft, als plötzlich hinter ihm acht Schüsse fielen, die von drei Personen abgegeben worden waren. Magiera erhielt zwei Schüsse, davon einen tödlich. Hinter Magiera gingen zwei Mitglieder des Verbandes heimattreuer Oberschlesier, den anscheinend die Schüsse gefallen haben, nachdem sie bereits längere Zeit verfolgt wurden.

**Der Krieg im Osten.**

**Erfundene Nachrichten.**

Berlin, 10. November. (WB.) Polnische Blätter melden: 1. zwei deutsche Divisionen hätten in Stärke von 25000 Mann die litauisch-deutsche Grenze überschritten; 2. verbreitet das litauische Bureau „Orioni“ eine Nachricht aus Riga, wonach zwischen deutschen und litauischen Vertretern Verhandlungen über die Gewährung von militärischer Hilfe an Litauen gegen die Verpflichtung der Ansiedelung stattfinden. Beide Nachrichten sind völlig aus der Luft gegriffen und von Anfang bis Ende frei erfunden.

**Meuterei an Bord eines bolschewistischen Kreuzers.**

Kopenhagen, 10. Nov. (WB.) Berlingske Tidende meldet aus Helsingfors: Die neuesten hier eingetroffenen russischen Zeitungen berichten aus Kronstadt, daß an Bord des Kreuzers Trombow eine Meuterei ausgebrochen sei. Die Matrosen hätten alle bolschewistischen Offiziere ermordet und darauf das Schiff selbst versenkt.

**Revolutionsfeier in Moskau.**

Paris, 10. Nov. Nach einem Funkpruch aus Moskau ist der dritte Jahrestag der Sowjetrepublik in ganz Rußland feierlich begangen worden. Die Sowjetmitglieder von Moskau erschienen im Großen Staatstheater und hielten Ansprachen. Lenin begrüßte die Heldenmut der russischen Arbeiter, die es ermöglicht haben, daß die Revolution während dreier Jahre leben und alle Schwierigkeiten überwinden konnte.

**England und Rußland.**

MTR. London, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Die Mittelung Lloyd Georges im Unterhause, daß nach der Uebergabe der englischen Gefangenen durch die Russen und nach der Einstellung jeder feindlichen Propaganda durch die Sowjetregierung kein Grund mehr vorliege, den Handel mit Sowjetrußland nicht aufzunehmen, findet in der englischen Presse keineswegs ungetriebene Zustimmung. So schreibt die „Daily Mail“ unter anderem: Wenn der Handel wieder aufgenommen werden soll, muß Sowjetrußland doch auch etwas bieten, womit es Handel treiben kann. Es kann doch von gefüllten Speichern nicht die Rede sein, wenn Lenin kürzlich erklärte, daß Rußland noch nie eine solche Lebensmittelkatastrophe durchgemacht habe. Auch können die Waren nicht nach den Hafenstädten überführt und verladen werden, bei der furchtbaren Verkehrskatastrophe und dem vollständigen Verfall des Eisenbahnministeriums. Bolschewisten haben dem englischen Gesandten in Moskau North selbst erklärt, daß sie außer der Propaganda nichts zu exportieren hätten. Dieser bolschewistischen Regierung auch noch zu helfen bei der Unterbringung ihrer gestohlenen Gelder und gestohlenen Juwelen, wäre für England eine entehrende Vernachlässigung seiner Pflichten seinen Verbündeten gegenüber.

London, 10. Nov. (WB.) Daily-Telegraph zufolge hat die Moskauer Sowjetregierung die Mitglieder der amerikanischen Vereinigung zur Unterstützung von Israeliten verhaften lassen.

**Deutsch-polnische Verhandlungen.**

Berlin, 10. Nov. (WB.) Die von der deutschen und polnischen Regierung in Aussicht genommenen Verhandlungen betreffen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Auch fanden über andere gleichzeitige damit zu regelnde Fragen Verhandlungen im auswärtigen Amt statt. Die polnische Delegation, die von dem Unterstaatssekretär im polnischen Ministerium für Industrie und Handel geführt wird, ist zunächst nach Warschau zurückgekehrt, um ihrer Regierung über die Ergebnisse der Besprechungen Bericht zu erstatten.

**Der Vertrag zwischen Danzig und Polen.**

Paris, 10. Nov. (WB.) Die Danziger Delegation hat gestern abend den zwischen der Stadt Danzig und Polen abgeschlossenen Vertrag unterzeichnet und gleichzeitig die Gründungsakte des Freistaates Danzig. Ein Teil der Danziger Delegation ist unter Führung des Oberbürgermeisters Schim nach Gens abgereist, um mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes über die Verfassung von Danzig zu verhandeln. Die polnische Delegation hat bis jetzt weder den Vertrag, noch die Gründungsakte unterzeichnet.

**Der Krieg im Orient.**

London, 10. Nov. (WB.) Die Morning Post meldet, daß nach Nachrichten aus Anzora Mustafa Kemal Pascha sich weigert, mit der türkischen Regierung zu verhandeln.

Paris, 10. Nov. (WB.) Nach einer Hanasmeldung aus Konstantinopel sollen die Alliierten, da die türkische Regierung einige Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag noch nicht erfüllt hat, namentlich aber sich weigert, die Ratifizierung des Vertrages von Secres durch ein Trabe des Kaisers vorzunehmen zu lassen, gewisse Einschränkungen in der finanziellen Hilfe für die Türkei ins Auge. Wenn diese Maßnahme kein Ergebnis zeitigen sollte, will man ein Ultimatum stellen.

London, 10. Nov. (WB.) Ein amtlicher Bericht des Kriegsdepartements besagt, daß die Führer der aufständischen und die Mehrzahl der wichtigsten Stämme am mittleren Euphrat am 4. November bedingungslos kapituliert haben.

**Die Eröffnung des Nationalrates.**

Wien, 10. Nov. (WB.) Der Nationalrat hielt heute seine Eröffnungssitzung ab. Präsident Seih gedachte in seiner Abschiedsrede des bevorstehenden 2. Jahrestages der Proklamation der Republik und des Inkrafttretens der definitiven Verfassung mit dem heutigen Tage. Das Wichtigste an dieser Verfassung sei, daß sie die Republik gegen alle Angriffe für alle Zeiten sichere. Der Nationalrat wählte sodann den Christlich-Sozialen Dr. Weiskirchner mit 104 Stimmen zum Präsidenten. Die Sozialdemokraten gaben hierbei keine Stimme ab. Zum 2. Präsidenten wurde der Sozialdemokrat Ederl mit 67 Stimmen gewählt, zum 3. Präsidenten der Großdeutsche Dachhof mit 104 Stimmen. Präsident Weiskirchner begrüßte unter lebhaftem Beifall des Hauses das wiedergewonnene Österreich als selbständiges Glied des Bundesstaates. Er gedachte mit tiefer Trauer der abgeschiedenen Volksgenossen, denen er seine Wünsche entbot. Wir harren des Tages, sagte er, an dem sie sich wieder in unsern Reihen einfinden und wir ein einzig Volk von Brüdern die Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes feiern können.

**Ultimatum an Ungarn.**

Moskau, 10. Nov. (WB.) Der „Soccol“ meldet, daß Giolitti im gestrigen Ministerrat mitteilte, daß die alliierten Mächte an die ungarische Regierung wegen ihrer unklaren Haltung ein Ultimatum richteten, nach welchem die Ratifikation des Friedensvertrages von Trianon bis zum 15. November verlangt wird. Giolitti fügte bei, daß die Budapest Regierung sich vielleicht übertriebenen Hoffnungen hingegen habe im Vertrauen auf die Freundschaft einiger Diplomaten der Westmächte, auf welche gestützt sie eine menschenliche Milderung des Vertrages erhoffen.

**Italien und Jugoslawien.**

Rom, 10. Nov. (WB.) Die Agentur Stefani vernimmt aus Santa Margherita, daß die für heute morgen beabsichtigte Zusammenkunft nicht stattgefunden hat, weil die italienische Delegation es für nötig hielt, erst die wichtigsten Punkte hinsichtlich der Stellung von Fiume und der Befestigung der Grenze der Julischen Alpen zusammenzufassen. Die jugoslawische Delegation hielt darauf, daß die Fragen mit der italienischen Delegation gemeinsam geprüft werden. Die beiden Delegationen werden heute nachmittags zusammentreten. Graf Forza und Kriegsminister Benoni empfingen die Vertreter der jugoslawischen Presse. Die italienische Presse sprach in diesem Zusammenhang von einer Unterbrechung der Konferenz, die eine Ueberziehung ausgelöst habe. Der Sonderkorrespondent des „Soccol“ hebt hervor, daß Trumbitch bei den letzten Besprechungen mit großer Freimütigkeit gesprochen habe, ohne sich indessen unverschämlich zu zeigen. Es sei also zu hoffen, daß die Verhandlungen zu einer Lösung führen.

**Deutsches Reich.**

**Geldstrafe und Geldwert.**

Schon etwa vor Jahresfrist ist in den Tageszeitungen und in Fachzeitschriften von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß die in unserm Strafgesetzbuch bestimmten Geldstrafen nicht mehr dem geantwerten Geldwert entsprechen. Um nur einige Beispiele anzuführen, kann bei Körperverletzung keine höhere Geldstrafe als 1000 Mark, bei Beleidigungen keine über 1500 Mark verhängt werden. Bei Bedrohung darf nicht über 300 Mark, bei Unterschlagung nicht über 900 Mark, bei Betrug nicht über 3000 Mark hinausgegangen werden, sofern aus Geldstrafe erlassen wird. Bekannt ist durch den Vorfall im Hotel Mon in Berlin, daß bei Rötigung die höchste Geldstrafe 800 Mark beträgt. Bei allen einigermassen schweren Fällen und gegenüber den heutigen gesteigerten Einnahmen aller wertvollen Kreise sind dies zu niedrige Grenzen. Für die Unzahl der allerdings meist harmlosen Uebertretungen gilt das gleiche, zumal hier oft recht zahlungsfähige Kreise als Täter in Frage kommen. Ebenso unzureichend ist die Höchststrafe für unentschuldig ausbleibende Zeugen mit 300 Mark. Logisch empfand der Richter diese Missetände hindernd in der Praxis. Bezahlt werden heute die Geldstrafen fast durchweg. Eine den Zuständen unserer Tage entsprechende Erhöhung würde sicher zu einer besonders zu begrüßenden Mehrerhebung führen.

Weshalb, so wird aus Richterkreisen geschrieben, ist nicht längst eine Novelle zum Strafgesetzbuch vorgelegt worden, wonach das Höchstmaß für alle Fälle der Geldstrafen auf ein Mehrfaches der bisherigen Summe festgelegt wird? Ebenso dringend ist die gleichfalls wiederholt geforderte Ergänzung, daß die Ersahrfreiheitsstrafe anstatt wie bisher mit einem Tage für 1 bis 15 Mark etwa auf das Verhältnis von 1 Tag gleich 1 bis 100 Mark gebracht wird. Man ist doch sonst schnell mit Gelehen bei der Hand. Oder soll etwa mit der Maßnahme bis zu dem neuen Strafgesetzbuch gewartet werden? Bis dies in Kraft treten kann, werden Jahre vergehen. Die Millionen Mehrerhebungen, die uns infolge des bisherigen Zauberns entgangen sind, werden bis dahin schon eine erhebliche Summe ausmachen.

Das Präsidium des hanse-Bundes zum Gelehenwurf betz. Sanktionen und zur wirtschaftlichen Rätegesetzgebung. Das Präsidium des hanse-Bundes war am Montag, den 8. November, zu eingehenden Beratungen über die vorliegenden wirtschaftlichen Gesetze

zusammengerufen. Eine solche Stellungnahme zu der Verordnung betr. Entlassung von Betrieben wurde nicht für angebracht gehalten, nachdem durch Zustimmung des Reichspräsidenten diese Verordnung bereits Annahme gefunden hätte. Das Präsidium war sich aber darüber klar, daß zukünftig solche wichtigen Bestimmungen nicht unter Umgehung des Reichstages auf Grund der Ermächtigungsvorschrift vom 22. 4. 19 (Reichsgesetz S. 438) erlassen werden dürfen. Es wurde daher beschließen, eine Denkschrift an die in Frage kommenden Verbände und an den Reichstag ergehen zu lassen, in der das Verlangen nach schneller Aufhebung dieser Verordnung begründet wird.

Zur Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus wurde eine Stellungnahme im einzelnen nicht festgelegt. Nach kurzem Bericht des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Fischer wurde nicht mehr beschlossen, die Ergebnisse der Einigungsverhandlungen und die Antwort der Reichsregierung auf die Anfrage der Reichsbetrieblagervereine betreffend Sozialisierung abzuwarten. Der Entwurf der Regierung zum Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte gemäß Artikel 168 der Reichsverfassung wurde eingehend beraten. Die Begründung der Regierungsvorschläge wurde einstimmig als sehr mangelhaft bezeichnet. So ferne die Aufgabe der neu zu organisierenden Räte nicht genannt seien, erscheine die ganze Vorlage in dieser Form unannehmbar. Es wurde beschlossen, in einer eingehenden Denkschrift die Stellungnahme des Bundes des hanse-Bundes den maßgebenden Stellen vorzutragen, insbesondere darauf zu dringen, daß bei der Festlegung des Reiches ein überblicklicher und einheitlicher Plan zur Erfüllung des Verordnungs des Artikels 168 der Reichsverfassung vorgelegt werde. Als wünschenswert wurde dabei bezeichnet, daß nicht etwa neue Organisationen gebildet würden, sondern daß die Durchführung der Verfassungsbestimmungen möglichst im engsten Anschluß an die bereits bestehenden wirtschaftlichen, amtlichen und sozialen Organisationen des Wirtschaftslebens gestaltet werde.

**Antrag auf Aufhebung der Demobilisationsämter.**

Berlin, 10. Nov. Wie das Präsidium des Reichstages dem Reichstag durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Fischer mitteilte, beschloß die Reichsregierung auf den Antrag des Reichstages, daß die Demobilisationsämter mit dem Ablauf dieses Jahres ihre Tätigkeit einstellen, nachdem die Demobilisierung längst vorbei sei. Die Demobilisationsämter könnten der Reichsregierung ihre Tätigkeit den zuständigen Verwaltungsstellen übertragen und mußte dies geschehen, ohne daß deren höherer Beamtenapparat dadurch wieder vermehrt werde.

**Entlassung der Stöße durch Umhebung.**

Der Deutsche Verein für Wohnungsreform hat am 22. und 23. November in Berlin (Herrnhau, Leipziger Straße 3) eine Tagung ab. In der Einleitung hierzu hat er u. a.: Die ungelösten Schwierigkeiten unserer Einwohnungsverhältnisse, insbesondere für die großen Städte, die lokalen Verhältnisse und die Stimmung breiter Bevölkerungsschichten, die zunehmende Notwendigkeit, angelegentliches der außerordentlichen Bedürfnisse nach neuen Wohnungen die vorhandenen geringen Mittel auf die beste Weise zu verwenden — alles demut dazu, den Gedanken der Umhebung der städtischen Bevölkerung in möglichstem Umfang in die Tat umzusetzen. Angesichts der gegenwärtigen Baukosten möchte es allerdings beinahe als möglich erscheinen, sich mit großem Geduldsmaß zu besinnen. Allein der Druck der eben erwähnten Verhältnisse zwingt uns gebieterisch, die Lösungswegarbeit auf keinen Fall unter den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftswende erliegen zu lassen. Ist doch gerade die die höchsten Ziele, die in aller erster Linie heraus zu erheben, unsere Wirtschaft allmählich aus ihrer bisherigen Notlage zu befreien. Es werden folgende Punkte erörtert: Dr. Kemmerich: Die Wohnungsnot auf dem Lande als Problem der Landarbeiterschaft. G.H. Krieger: Die Wohnungsnot in der Ueberführung der Sozialversicherung in landwirtschaftliche Arbeit. Staatsrat Dr. D. Dr. Wenzel Müller: Wohnungsnot, Ueberhebungen und Wohnungsnotstände. Reichsrat Dr. Wenzel Müller: Der Zug der Industrialisierung von der Großstadt auf das ganze Land.

**Aus dem Partelleben.**

**Deutsche Volkspartei — Ortsgruppe Ludwigshafen. Versammlungsbericht.**

Zu einer Veranstaltung von ganz besonderem Interesse gestaltete sich die Versammlung vom 8. November, bei der ein Referat über „Politische Schlagwörter“ zur Besprechung kam. Herr Dr. Gumblich eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf den Jahrestag der Revolution, an dem für uns kein Anlaß zu feiern besteht. Dagegen ist das gewählte Thema diesem Tag sehr entgegen, denn es sei selber eine Eigenschaft des deutschen Volkes, sich von Schlagwörtern leiten zu lassen.

Der Referent des Abends wies zunächst darauf hin, daß Deutschland nicht durch Schlagwörter noch gewonnen sei und daß auch das grammatikalische Ereignis vom August 1914 mit Schlagworten nichts zu tun hätte; dort als hätten wir alle das aufschreiende Gefühl, wir Deutsche sein und die Parteinteressen darüber zu stellen. In dem beginnenden Zusammenbruch kamen auch die Schlagwörter „Sozialismus und Kapitalismus“ und die „Internationale“ beherrschte beim Anbruch der Revolution alles. Ein Schlagwort führte auch zur Gründung der demokratischen Partei. Die Revolution durch den langen Krieg ließ die Reformen ausfallen, doch mit dem „morischen alten System“ in ihrer Ähnlichkeit abzuweichen werden müsse. Der Vorwärts bezeichnete tragham die Demokratie als Vertreterin der internationalen Geistespolitik. Ein weiteres Schlagwort sei der Ruf „Einigkeit“ oder hier „Einigkeit“ genannt, den man uns anhängen wolle.

Der Kapitalismus, den die deutsche Volkspartei vertritt, hat aber mit dem internationalen Sozialismus nichts zu tun. Wenn auch Einigkeit und ähnliche Unternehmungen ausländische Gewinne einbringen, so dienen doch diese Anlagen nicht der Spekulation, sondern der Schaffung von Wohlstand, der Erzeugung nationaler Werte, der Beschäftigung und Ernährung von Angehörigen der eigenen Nation. Kein Schlagwort ist so mißbraucht worden, wie der Wahlpruch „Freie Wahl dem Völkern“. Er und Demokratie sind schon seit langem, denn letztere will jedem das Gleiche geben, die Rechte aber will den weniger Lichtigen überlassen. Wir wollen uns auch ganz gern als „reaktionäre Partei“ bezeichnen lassen im Hinblick darauf, daß man den Eintritt der Ueberhebung der schwächeren Kräfte als „Reaktion“ bezeichnet.

„Sozialismus ist Arbeit“ ist auch eines der höchsten Schlagwörter. Nach der unmothen Ueberhebung, in der man das Sozialist über die Erde, haben es die Gegner allerdings jetzt präzisieren müssen, als in die vorhergehenden Ueberhebungen ihrer Situation erkannt. Reicht es nicht mit dem Hinweis, daß wir — ähnhl wie in dem bekannten Lied — von uns sagen können, wir haben Deutschland schon früher geliebt, wir lieben es heute und werden es lieb in Zukunft.

Am die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten schloß Herr Dr. Gumblich die Versammlung mit dem Wunsch, daß bald wieder eine so anregend verlaufene Versammlung stattfinden möge. Er läßt noch ein zum Schluß des Partellebens in Kaiserslautern am nächsten Sonntag und in einem Vortrag der Landespartei durch Frau Dr. Wolf aus Pfalz, der uns für nächste Woche in Aussicht gestellt ist.

**Lezte Meldungen.**

**Amerikas künftige Politik.**

Aus dem Haag, 10. Nov. (WB.) Wie aus New York gemeldet wird, gab Harding zur Feststellung der künftigen Politik Amerikas den Auftrag, Informationen über folgende Punkte einzuziehen: 1. Inwiefern die europäischen Völkerbund geneigt sind, sich an einem neu zu errichtenden Völkerbund zu beteiligen und 2. wieviel Senatoren etwa bei einer einfachen Ueberhebung des gegenwärtigen Völkerbundes geneigt sein würden, für den Beitritt Amerikas zum Völkerbund zu stimmen.

Verbrechen, 9. Nov. In Böhmen ist ein gefährlicher Diebstahl in der Person des Anstalts Bedrückt verhaftet worden, der seit Monaten in der Bretterner Gegend den Viehdiebstahl betrieb.

### Unser tägliches Brot.

Man schreibt uns: Seit Wochen geht durch die Presse die Nachricht, daß die zur Herstellung des Brotes nötigen Wehle eine Verbesserung erfahren sollen; mit einer wahren Schmelze erwartet das Publikum diese Tage und mit Recht, denn genug sollte es mal sein mit einem Brot, in dem Mehl und alle möglichen Bestandteile enthalten sind, welche für den menschlichen Körper nicht verträglich sein können.

Manche Krankheitserscheinung ist aufgetreten, die ihre Ursache in den gereizten Darmwänden hatte. Viele geschwächte Personen haben Schaden gelitten durch ein Brot, das für die Verdauung zu schwer und in seiner Nährkraft minimal war!

Die Ausmahlung, wie sie nun vorgehoben ist, kommt Ende nächster Woche zur Verteilung; selbstredend kann man auch von der neuen Mahlung nicht das Brot herstellen, wie es in Vorkriegszeit war, aber immerhin wird ein Brot herzustellen sein, das eine Verbesserung bedeutet in Bezug auf Verdaulichkeit und Nährkraft.

Die deutsche Bevölkerung hat wahrlich, nach all diesen Kriegskrisen, ein Recht darauf, anderes Brot zu verlangen, das ihnen nützt, seine Gesundheit und Energie wieder aufzufrischen, dies umso mehr, da Brot heute das Hauptnahrungsmittel ist.

In mehreren deutschen Städten und Kommunalbezirken achtet man auf diese Angelegenheit, indem man in gemischtem Ansehen den Bäckereien ausführt, jedoch unter den eigentlichen Vollmehlen auch das sogenannte Streckungsmehl enthalten ist. — Streckungsmehle sind Mischmehle (Weizen, Roggen, Hafermehle und Hülsenfruchtmehle, also Mehle mit wenig Stärkegehalt, die sich nur in geringem Prozentsatz zur Weizenmahlung eignen. In diesen Städten machte sich nun eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung bemerkbar, die sich in ihrer Hoffnung äußert, daß aber auch in Bäckereireisen ist die Erzeugung eine große, — da dem Bäckerwerke es dadurch unmöglich gemacht wird, ein gutes Brot herzustellen.

Erkenntnis wichtige Punkte, darunter auch Weizen von Kommunalbezirken, wenden sich gegen ein solch, durch nichts begründeten Verfahren, wie es sich am besten zur Zeit in Frankfurt a. Main abspielt.

Es ist erklärlich, daß gerade die breite Masse nach einem guten Brot verlangt, daß aber Kommunalverordnungen dazu übersehen, Wehle die zur Herstellung des Brotes, durch die hohen Erzeugnisse, die sie enthalten, 182/18 sind und nur zum Teil verwendet werden dürfen, zu den Vollmehlen, durch ein milderndes, vollwertiges Verfahren zu mischen, und so es verbinden, ein gutes Brot herzustellen; dagegen muß überall, wo es vorkommt, mit aller Entschiedenheit, von Konsum, wie von Produzent aufgetrieben werden.

Das übliche Brot bedarf zu seiner Herstellung einen guten Sauerteig, welcher durch sorgsame Pflege behandelt wird und nur durch reine Roggenmehle in seiner reinen Fruchtbarkeit erhalten werden kann, die anderen Wehle zu leicht in Essigsäure übergehen und so zur Verderbung des Brotes schädlich wirken.

Es ist jedem Fachmann verständlich, wie man heute dazu übergehen kann, eine Verschlechterung des Brotes durch Mischen von Wehle, die einzeln nicht an sich behandelt werden müssen, bei der Brotbereitung herbeizuführen, nachdem Dr. Keumann, der Leiter der staatlichen Versuchsanstalt für das Getreidewesen und der Versuchsbäckerei in Berlin schon während des Krieges und auch später wiederholt darauf hingewiesen hat, daß die Streckungsmehle stets zum Entsetzen zu nehmen sind, und möglichst in der feinsten Form beigegeben werden sollen.

Jedem Wehle ist es klar, daß es unmöglich ist, ohne zu wissen, was für Wehle er vor sich hat, ein schmackhaftes Brot herzustellen, da er die Wehle nicht einzeln, sondern als ein Ganzes, wie ein vollständiges Mehl, die notwendig sind, macht in Anwendung bringen kann.

Es wird sich notwendig machen, daß Frauen-Organisationen, sowie sämtliche Verbände sich mit der Brotfrage beschäftigen; es lockert in Weizen und Weizenmehl, welches Brot ist die Forderung bei dieser Notlage. Ein Brot, das nicht in Stunde gerät, und mit dem man haushalten kann, tut Not bei dieser täglichen Hungersnot.

Offentlich kommt hier in Mannheim der Stadtrat nicht zu einer besonnenen vollkommene Entscheidung wie in Frankfurt a. M. und in anderen Städten. In nichts wäre es begründet, an eine Verschlechterung und Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittele zu schreiten, man denke die hohen Unkosten und den Verlust an den so knappen Weizenmehlen durch Schwund, was bis zu 4 Prozent sich belaufen würde. Ich will keine Berechnung aufstellen, da bis heute hier ein derartiger Beschluß nicht besteht.

Über Kaufmann und Verkäufer, sollte es auch hier soweit kommen, so ruft jenen am grünen Tische zu: die Hände weg; geht und unser täglich Brot, im Wert seiner Nährkraft und Geschmack. *Brügger.*

### Wirtschaftliche Fragen.

**Die Reichsgetreideordnung für die Erste 1920.**  
In der badischen Verordnung vom 19. Juni 1920 über die Reichsgetreideordnung für die Erste 1920 wurden die Paragraphen 16-21 durch folgende Bestimmungen ersetzt: Brot ist in Städten von 100 und 1500 Seelen zu bereiten, es muß das vorgeschriebene Gewicht am Tage nach der Herstellung aufweisen. Diese Bestimmungen gelten nicht für die Herstellung von Brot in privaten Haushaltungen, auch wenn der Teig in einer Bäckerei ausgebacken wird. Die Bereitung von Krankeibrot ist zulässig. Die Kommunalverordnungen können keine Herstellung auf bestimmte Betriebe beschränken. Im übrigen ist die Herstellung von Backwaren aller Art, insbesondere Kuchen, die Weizen-, Roggen- oder Gerstentmehl enthalten, zum Zwecke der Weiterveräußerung und deren Vertrieb nur soweit zulässig, als das Mehl von der Reichsgetreidebehörde oder den von ihr ermächtigten Stellen zu diesem Zwecke besonders geliefert ist. Den Bäckereien ist die Herstellung von Backwaren aller Art, außer Brot und Krankeibrot und Vertrieb von Kuchen und sonstigem Gebäck, dessen Herstellung in Konditoreien üblich ist, verboten. Das Ausbacken des in Haushaltungen hergestellten Teigs für Kuchen und Gebäck ist jedoch den Bäckereien gestattet.

### National-Theater Mannheim.

**Der Chauffeur Martin von Hans J. Redlich.**  
Wenn Gott die Gnade und Allmacht selbst ist, wie ist es dann möglich, daß nur zu oft das Böse über das Gute triumphiert und die nach Gottes Ebenbild geschaffenen Geschöpfe Unheil über Unheil verhängt? Aus diesem Gedanken ist der Konflikt dieser Tragödie — Konflikt! Diesen Eindruck empfangt man besonders stark vom Ende des dritten Aktes an, von wo ab die Zusammenhänge immer äußerlicher werden. Und schließlich gelangt es dem Dichter auch nicht, eine Lösung zu finden, die uns befriedigt oder überzeugen könnte. Denn selbst wenn wir bereit wären, daran zu glauben, daß der Chauffeur Martin keinen Arztem, Gott für den einzigen Feind des Menschen zu halten, abtun will, benimmt uns schließlich durch den Ablauf seiner Tragödie selbst der Möglichkeit, diese Umkehr mitzuerleben. *Was gerade darin würde ich die Voraussetzung für die Dichtung: ...*

gungen, auch wenn der Teig in einer Bäckerei ausgebacken wird. Die Bereitung von Krankeibrot ist zulässig. Die Kommunalverordnungen können keine Herstellung auf bestimmte Betriebe beschränken. Im übrigen ist die Herstellung von Backwaren aller Art, insbesondere Kuchen, die Weizen-, Roggen- oder Gerstentmehl enthalten, zum Zwecke der Weiterveräußerung und deren Vertrieb nur soweit zulässig, als das Mehl von der Reichsgetreidebehörde oder den von ihr ermächtigten Stellen zu diesem Zwecke besonders geliefert ist. Den Bäckereien ist die Herstellung von Backwaren aller Art, außer Brot und Krankeibrot und Vertrieb von Kuchen und sonstigem Gebäck, dessen Herstellung in Konditoreien üblich ist, verboten. Das Ausbacken des in Haushaltungen hergestellten Teigs für Kuchen und Gebäck ist jedoch den Bäckereien gestattet.

**Die Zwangsbeschaffung für Milch.**  
Berlin, 10. Nov. (M.B.) Die Weidung der „Frankfurter M.“, wonach in Regierungskreisen der Gedanke erörtert werde, vom 1. April 1921 ab die Zwangsbeschaffung für Milch aufzuheben, ist, wie wir von zuverlässiger Seite hören, falsch.

### Städtische Nachrichten.

#### Luftpostverehr Frankfurt—Mannheim—Karlsruhe—Lörrach.

Am heutigen Donnerstag beginnt, wie mitgeteilt, der ständige tägliche Flugdienst Frankfurt—Mannheim—Lörrach (mit Postanschluß nach Basel) und zurück mit nachfolgendem Flugplan:

Frankfurt ab 7.45 U., Mannheim an 8.25, ab 8.40, Karlsruhe an 9.10, ab 9.25 U., Lörrach an 10.30 U., Lörrach ab 11.00 U., Karlsruhe an 12.05, ab 12.20 U., Mannheim an 12.50, ab 1.05 U., Frankfurt an 1.45 U.

Dieser Fahrplan tritt erst morgen in Kraft, da das den Flugpostdienst heute eröffnende Flugzeug zunächst von Karlsruhe nach Lörrach fliegt und auf der Fahrt nach Norden um 12.50 Uhr in Mannheim landet.

Zugelassen zur Flugpostbeförderung nach dem Inland: gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten, Briefe und Drucksachen, sowie Päckchen, dringende Pakete und Zeitungen; nach dem Ausland: gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten, Briefe und Drucksachen sowie Zeitungen. Eine Beförderung kann im Inland- und Auslandsverkehr verlangt werden. Die Flugpostsendungen müssen den deutschen Vermerk „Durch Flugpost“ tragen. Aufsehung der Flugpostsendungen an den dafür bestimmten Poststellen; gewöhnliche Postkarten, Briefe und Drucksachen auch durch die Briefstellen. Zur Kennzeichnung der Flugpostsendungen empfiehlt sich die Verwendung der besonderen Flugpostmarken. Außer den gewöhnlichen Gebühren werden folgende Flugzuschläge erhoben:

Inland: Postkarten 20 Pf., Briefe bis 20 Gr. 20 Pf., über 20 bis 50 Gr. 30 Pf., über 50 bis 100 Gr. 1 R. 20 Pf., über 100 bis 250 Gr. 2 R. 40 Pf., Drucksachen bis 50 Gr. 80 Pf., über 50 bis 100 Gr. 1 R. 80 Pf., über 100 bis 250 Gr. 2 R. 40, über 250 bis 500 Gr. 4 R. 80 Pf., über 500 Gr. bis 1 Kg. 9 R. 60 Pf., Päckchen bis 1 Kg. 9 R. 60 Pf., Dringende Pakete, für jedes angefangene Kg. 10 R. — in jeder Ausdehnung nur bis 60 Zentimeter zulässig.

Ausland: Postkarten 40 Pf., Briefe für je 20 Gr. 40 Pf., Drucksachen für je 50 Gr. 1 R.

Wegen des Flugzuschlags bei regelmäßiger Beförderung Rüdfrage am Schalter. Zur Sicherstellung der Beförderung der hier aufgelisteten Flugpostsendungen müssen diese bis spätestens am 7 1/2 Uhr Vormittags (Mittwoch Lörrach) und 11 1/2 Uhr Vormittags (Mittwoch Frankfurt) beim Postamt 2 (Bahnhofplatz), dem die Wahrnehmung des Flugpostdienstes für Mannheim obliegt, vorliegen. In eigenen Fällen, namentlich auch kurz vor den vorstehend angegebenen Schlußzeiten, empfiehlt sich die Aufsehung unmittelbar bei diesem Postamt. Näheres über den Flugpostverkehr enthalten die Anhänge hierüber in den Schaltervordrucken der Postanstalten.

#### Die Wahl zur Handelskammer für den Kreis Mannheim

land gestern unter sehr geringer Wahlbeteiligung statt. Da im Vergleich zu früheren Wahlen nur eine Pflanz aufgestellt war, so fiel der Anteil an reger Teilnahme an der Wahl weit. In Mannheim haben 552 Personen abgestimmt, die nahezu vollständig für die vorliegende einzige Liste votierten. Nur einige Stimmen waren zerstreut. Gewählt sind (wie mit einem Stern bezeichneten Herren waren neu aufgestellt):

- A) Aus den am Kammerlich niedergelassenen Wahlberechtigten: 1. Aus der Industrie und dem Großhandel einschließlich des Bank-, Verkehrs- und Versicherungsgewerbes: 1. Raurat Dr. Ing. h. c. Paul Hüniger, 2. Heinrich Buhl, 3. Kommerzienrat Dr. Hans Ciemann, 4. Rudolf Darmstädter, 5. Geh. Kommerzienrat Stadtrat Emil Einzelrad, 6. Kommerzienrat Carl John, 7. Otto Jansohn, 8. Kommerzienrat Dr. Karl Lehr, 9. Generaldirektor Gottlieb Jäger, 10. Direktor Wilhelm Kemp, 11. Direktor Heinrich Knecht, 12. Kommerzienrat Dr. Karl Lenz, 13. Richard Bins, 14. Louis Meyer-Gerngroh, 15. Simon Dopenhelmer, 16. Kommerzienrat Richard Sauerbad, 17. Geh. Hofrat Dr. Otto Schneider, 18. Kommerzienrat Bernhard Spielmeier, 19. Generaldirektor Kom. Rat Doktor Sternberg, 20. Julius Horbath, 21. Wilhelm Tripp, 22. Wilhelm Vogel, 23. Direktor Benno Welt, 24. Sellsch. W. sämtlich in Mannheim. 2. Aus dem Einzelhandel: 1.

Arthur Wisberg, 2. Stadtrat Adolf Hermann, 3. Samuel Kirchbruch, 4. Richard Reichold, 5. Alfred Sell, 6. Friedrich Wengand, 7. Friedrich Wöhler, sämtlich in Mannheim. 3. Aus dem Handels- und Gewerbe: 1. Karl Boats, Mannheim, 4. Aus den im Genossenschaftsregister eingetragenen Genossenschaften: 1. Stadtrat Jakob Krauß, Mannheim.

B) Aus den außerhalb des Kammerlichen niedergelassenen Wahlberechtigten: 1. Aus der Industrie und dem Großhandel einschließlich des Bank-, Verkehrs- und Versicherungsgewerbes: 1. Direktor Arno von Urdt-Weinheim, 2. Kommerzienrat Dr. Karl Weismann, 3. Geh. Kommerzienrat Herr Ernst Weidmann, 4. Direktor Paul Kermasch, 5. Kommerzienrat Georg Wittmann-Schwabinger, 2. Aus dem Einzelhandel und dem Handelsvertretergewerbe: 1. Hans Keller-Weinheim.

#### Deutsche Kinderhilfe.

Die freiwillige Liebestätigkeit für unsere unterernährten, erholungsbedürftigen Kinder darf nicht erlahmen. In mitleidvoller Erinnerung an den Kampf gegen die deutsche Nation unter Verzug auf die unumgänglichen Bestimmungen des V.r.a. der D.a.r. wird gebittet, desto mehr müssen wir uns eignen Mitteln die gewöhnlichen Summen aufzubringen suchen, die für die Erhaltung und Ausrüstung unserer Jugend erforderlich sind. In den nächsten Tagen wird im ganzen Deutschen Reich eine einheitliche Aktion einleiten, die nach dem Muster der Mannheimer Kinderhilfe die Herzen und Geldbeutel aller Menschenfreunde öffnen soll. Unsere Helfer sind von diesem Vorhaben bereits durch den Aufruf unterrichtet worden, der uns von der Landesstelle Baden für die Deutsche Kinderhilfe zugeht. In vielen deutschen Städten wurden die für die Arbeit notwendigen Druckschriften schon ins Leben gerufen. In Mannheim wählt man den einflussreichen Weg. Das städtische Jugendamt hat auf gestern nachmittags den Aufruf, der sich 1. 3. zur „Mannheimer Kinderhilfe“ zusammenschließen, in den Sitzungssaal des Stadtrats ein, um den Vorstoß zu machen, die gleichen Damen und Herren möchten sich auch der allgemeinen deutschen Aktion anschließen.

Herr Stadtrat Boettger, der als Präsident des Jugendamtes die Sitzung leitete, sprach einleitend allen Dank aus, die der Mannheimer Kinderhilfe eine hohe Zustimmung haben, den herzlichsten Dank der Stadtgemeinde aus. Alle Schichten der Bevölkerung vom Reichsten bis zum Ärmsten haben die Summe aufgebracht, die allerdings nur einen Teil der gesamten Aufwendungen betrifft, die 5000 Mannheimer Kinder mehrwöchigen Aufenthalt in Erholungsheimen der Gegend in der Gegend. Die Erholungsfürsorge Heuberg sei ein Vorkurs für Arbeiter. Auch mit dem Aufruf könne man zufrieden sein. Die Kinder sind glücklich erhalten an Seele und Körper zum Heuberg zurückgekommen. Sie für den Heuberg erworbenen Mittel haben hundertfachen Zins getragen. Im Winter soll der Kurbetrieb in beschränktem Maße weitergeführt werden, um im nächsten Frühjahr unter Ausnutzung der gesammelten Erfahrungen wieder zu vollem Leben zu erwachen. Auch in den anderen Heimen wachen die Kurorte trotz der außerordentlich ungünstigen Ernährungsvoraussetzungen durchaus zufriedenstellend. In der Spitze stehen in dieser Hinsicht das Viktor-Benel-Stift und das der Stadt von der Familie Benz in höchster Weise zur Verfügung gestellte Kindererholungsheim Sankt-Isidor. Die Stadterwartung ist so richtiglich daran gegangenen, für das nächste Jahr die Vorbereitungen für eine großzügige Erholungs-fürsorge zu treffen, daß jedenfalls bis Jahresabschluss ein fertiger Organisationsplan vorgelegt werden kann. Es kann allerdings noch nicht gesagt werden, wieviel Kinder zurückgeführt werden können und welche Erholungsheime in Frage kommen. Aber so ist es nicht ohne schon ist, daß das Jugendamt mit einem außerordentlich hohen Betrag abschließt, indem nach der Festlegung der organisatorischen Maßnahmen Mittel und Wege ausfindig zu machen sind, wie der Stadt, deren Finanzen noch nie so verbesserungsbedürftig wie gegenwärtig waren, hilfreich unter die Arme zu greifen ist.

Herr Stadtrat Dr. Sperling vertritt sich über die Organisation der Deutschen Kinderhilfe, für die in der Zeit vom 28. November bis 5. Dezember in ganz Mannheim Hausbesuche mit Sammelbüchern stattfinden sollen. Diese Sammelbücher sollen in allen Betrieben zirkulieren, um jedem Arbeiter und Angestellten Gelegenheit zu geben, sein Scherlein für das große deutsche Liebeswerk beizutragen. Ferner plant man die Auffstellung von Sammelbüchern. Die Sammelbücher werden um die Einschaltung von werbenden Einlagen ersucht. Am 28. November in den Gottesdiensten eine Kollekte veranstaltet werden. Herr Dr. Sperling schloß vor, den Druckschriften der Mannheimer Kinderhilfe durch die Vertreter der drei höchsten Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zu erwidern und mit der eigentlichen Arbeit des Jugendamtes zu betrauen. In der kurzen Aussprache, die diesen einleitenden orientierenden Ausführungen folgte, kam übereinstimmend die Bestimmung zum Ausdruck, daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, die einen guten Erfolg der Aktion für die „Deutsche Kinderhilfe“ in Aussicht stellen. Andererseits wurde aber auch mit Nachdruck betont, daß man in Karlsruhe keinen Streit darüber aufkommen lassen dürfe, daß der Mannheimer Sozialist bis hier „ausgesprochen“ werden möglicherweise überlassen werden müssen. In diesem Sinne wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt.

\* Starke Kälte bedeckte heute morgen die Dächer. Dabei lag die Temperatur über der Stadt. Die heutige Temperatur betrug in der verflochtenen Nacht 25 Grad unter Null. Heute morgen wurden am Rhein noch 18 Grad Kälte festgestellt.

Die Schöpfung ist voller Wandel. Die Dinge sind schon Gottes Liebe in jedem Ding, das er auch gestellt hat. Wandelt auch in den Dingen und ihrem möglichen Trost. — — — — — Der Krüppel hat langst die Kräfte fortgeschleudert und steht aufrecht da, selber ein Beispiel der Gnade Gottes. Martin, wiederholt zum Sprechen aufgerufen, hat den Krüppel reden lassen. Da wird sein Weid die Frage hin: „Und der Wort an dem guten Minister Justin — sag doch: Ist das auch aus Gnade und Liebe geschehen?“ Was weiß ich, wer der Täter ist, jetzt werden Fragen nach ihm laut. Da erhebt sich Chauffeur Martin. „Gott sei Gott in der Höhe, Ich habe es getan!“ Im Augenblick darauf fällt der Schuß, der ihn tötet. Welches war die Nacht, die ihn tötet? Sie, die ihn amang, den Wort eingestehen? Das wäre immerhin eine Lösung. Aber auch für sie müssen wir viel guten Willen mitbringen und diesen schon aufbringen während des Stückes. Der menschliche und dichterische Ernst, mit dem Redlich über sein Thema grübelt, erleuchtet uns diese Aufgabe. Es bleibt aber noch immer für jeden genug übrig, wobei es ihm nicht leicht fällt, sich damit auseinanderzusetzen. Ob der Konflikt hinreichend begründet ist, läßt sich, da es sich um eine Gewissensfrage handelt, nicht mit ja oder nein entscheiden. Aber auch der Dichter hat sich die Arbeit nicht leicht gemacht. Jedermann wird deutlich geworden sein, daß sich der Verfasser oft, ja eigentlich immer, auf gefährlichen Bahnen bewegt. Ich kann mir die Jenius wohl denken, die früher die Ausführung dieses Wertes verboten hätte. Und doch liegt dem Dichter nichts fern, an ein revolutionäres Gedanke. Ein Kampf wird vor und ausgegossen, ein verzweifelter Kampf gegen Gott und Welt, in dem Gott Sieger die die Gefühle der Beteiligten sind ins Ethische gesteigert, und für den Gedanken des Wertes an sich hat ein tüchtiges Gefühl eigenlich seinen Raum. Deshalb beobachtet man den Dichter auch lieblich seinem Weg durch die Dämmerung, in der er, außen her niemals Licht dringen wird, als daß man gleichen Schritte, mit ihm ginge. Doch wie gesagt, von seinem Ernst müssen wir uns benehmen lassen.

Und noch etwas sei mit Bestriedigung festgestellt: Rechtlich ist seit jenem „Paradies“ um ein gutes Stück vorwärts gekommen. Belang es ihm die Welt nicht, so jedem Manns Verrieh gelang eine überzeugende Lösung herbeizuführen, so ist ihm das damals überkommenen vertrieben gearteter Männer, die wiederum in neuem Leben eine Art Gottesstaat errichtet haben, in dem keiner mehr, keiner schlechter ist als der andere. So gerät ein verführerisches Weid in dieses Paradies und ungarni nun einen um den andern, erweckt die Eifersucht, gerät der Frieden, verursacht schändliche Verbrechen: die Töchter werden ermordet aufgefunden; jeder verdrängt den andern der Töchter. Der Bund ist gestrengt; nur

Handel und Industrie.

Die wirtschaftliche Lage im Oktober.

Dem amtlichen Bericht entnehmen wir: Für die Ernährungslage ist die am 1. Oktober erfolgte Einstellung der staatlichen Vieh- und Fleischbewirtschaftung von besonderer Bedeutung. Wie vorauszu sehen, ist der Viehtrieb auf den Märkten ungewöhnlich stark, sodaß Überbestände nicht selten sind. Allerdings darf diese Erscheinung nicht ohne Berücksichtigung der Erziehung bewertet werden, daß zur gegenwärtigen Zeit der Landwirt regelmäßig Vieh in größerer Menge abzustufen pflegt, bevor die Stallfütterung beginnt. Dieses Ueberangebot einerseits, das noch verschärft wird durch die gerade einsetzenden Hausschlachtungen, die den Bedarf vieler Selbstversorger decken, die Schwierigkeit andererseits, Fleisch zu hohen Preisen, wie sie gefordert werden, an die Verbraucher abzusetzen, wird, wie man annehmen darf, bald zu einem Nachlassen der Preise führen, wofür Anzeichen bereits bemerkbar sind.

Die Lockerung in der Leuchtölbewirtschaftung hat bisher nicht zu Klagen geführt. Der Kleinhandelspreis ist für 1 Liter Leuchtöl von 4,75 M im September jetzt auf 6 M gestiegen. Die Gründe für die Preissteigerung liegen in dem gestiegenen Weltmarktpreis zurzeit des sinkenden und in der fortschreitenden Verschlechterung der deutschen Valuta. Außerdem ist der Zollzuschlag zu berücksichtigen.

In der Bewirtschaftung mit Benzin und Benzol sind im Vergleich zum vergangenen Monat Veränderungen nicht eingetreten.

Der Bestand an Schmierölen dürfte ausreichen, den Bedarf im Inland zu decken. Ein weiteres Anziehen der Preise macht sich hier bemerkbar.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier hat sich im allgemeinen auf der Höhe des Septembers gehalten. Seit Juli ist ein langsames Anziehen der Förderung zu verzeichnen gewesen, ohne daß aber die Förderzahlen des Mai und Juni, wo die arbeitstägliche Förderung im Durchschnitt 300 000 Tonnen etwas überschritt, wieder erreicht worden ist. In Oberschlesien bleibt die Förderung noch um 6-7000 Tonnen gegen den Juli zurück, in dem die durchschnittliche Tagesförderung 112 400 Tonnen betrug. Die Deckung des Wagenbedarfs für alle Kohlenbezirke ist infolge der Erntetransporte schwieriger geworden; insbesondere hat sich die Steigerung des Verandes von Rohbraunkohle nicht weiter durchführen lassen. Die bis jetzt gelungene Erfüllung des Spa-Abkommens hat zur Folge gehabt, daß die Versorgung der deutschen Verbraucher, insbesondere der Eisenbahnen, der Gaswerke und der Industrie, erheblich geschädigt ist, nicht nur infolge des Ausfalls der Kohlenmenge, sondern auch deshalb, weil die Entente die Ablieferung hochwertiger Sorten in großem Umfang verlangt.

Hedderheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.-G., Frankfurt a. M. — Mannheim.

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der für Montag, den 6. Dezember d. J., vormittags 11 1/2 Uhr, nach Frankfurt a. M. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, das Aktienkapital der Gesellschaft um 6 Mill. auf 24 Mill. M zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen zusammen mit den von der letzten Kapitalerhöhung noch nicht ausgegebenen 2 Mill. M, also insgesamt 8 Mill. M, an ein Bankkonsortium begeben werden mit der Verpflichtung, die neuen Aktien, die für das Geschäftsjahr 1920 dividendenberechtigt sind, im Verhältnis von einer neuen zu zwei alten Aktien zum Kurse von 113 den Aktionären anzubieten.

Badische Bank, Mannheim.

Das Ministerium des Innern hat mit Genehmigung des Reichsrats und im Einvernehmen mit den Ministerien der Justiz und der Finanzen die Leistung der Badischen Bank zur Ausgabe von Banknoten bis zum 1. Januar 1931 verlängert.

Beendigung des Kanalschillerstreiks.

Wie uns mitgeteilt wird, wurde der in Dortmund gefällte Schiedspruch vom Reichskommissar für rechtsverbindlich erklärt, so daß von heute ab die Arbeit in den westdeutschen Kanälen überall wieder aufgenommen wird.

Mimosa A.-G. — Neue Photographische Gesellschaft.

Zwischen beiden Gesellschaften ist eine Verschmelzung vereinbart worden. Für vier Vorzugsaktien der N. Ph. G. soll eine Mimosa-Aktie einschließlich Dividende für das laufende Geschäftsjahr 1920 und 200 M in bar gewährt werden, für sechs Stammaktien der N. Ph. G. eine Mimosa-Aktie einsehl. Dividende für 1920. Der G.-V. der Mimosa A.-G. soll vorgeschlagen werden, das bisher 25 Mill. M betragende Aktienkapital auf insgesamt 6 Mill. M durch Ausgabe von 2,5 Mill. M Stammaktien und 1 Mill. M Vorzugsaktien mit mehrheitlicher Zustimmung zu erhöhen. Von den 2,5 Mill. M Stammaktien dienen 350 Aktien zum Umtausch von N. Ph. G.-Aktien, während 600 000 M zur teilweisen Ablösung des der N. Ph. G. eingeräumten Bankkredits in Zahlung gegeben werden und 350 Aktien zum Erwerb von Aktien der Trapp u. Münch A.-G., an der die Mimosa A.-G. bereits erheblich beteiligt ist, geschaffen werden sollen. Die restlichen 1 Mill. M Aktien werden von dem Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden-Berlin übernommen mit der Verpflichtung, diese sämtlichen Aktionären, also auch den durch die Verschmelzung der N. Ph. G. neu hinzukommenden, im Verhältnis von 4 zu 1 zu 127 1/2 anzubieten. Die Mimosa A.-G. wird sich auch in Zukunft lediglich mit der Herstellung photographischer Papiere befassen und sie beabsichtigt, die Erzeugung beider Betriebe zur besseren Ausnutzung der Dresdener Fabrik in Dresden zu vereinigen. Die Erzeugung der Albidin-Abteilung dürfte voraussichtlich von der Trapp u. Münch A.-G. in Friedberg übernommen werden, während der Ansichtspostkartenverlag und die Kunstdruckabteilung der N. Ph. G. mit den dazu gehörigen Vorräten und maschinellen Einrichtungen anderweit veräußert werden sollen.

Behäco-Messe keine wilde Messe.

Die Leitung der Behäco-Messe schreibt uns, daß es laut Gerichtsbeschlusse vom 4. November bei einer Strafe von 2000 M für den Einzelfall verboten ist, die Behäco-Messe als wilde Messe und eine solche, die keine Verbände hinter sich hat, zu bezeichnen.

Neueste Drahtberichte.

Aufnahme des Bergwerksbetriebes in Badenweiler.

Müllheim, 1. Nov. (WB.) Ueber die Wiederaufnahme des Bergwerksbetriebes in Badenweiler ist, wie die „Marktäler Nachrichten“ berichten, nunmehr eine Einigung zustande gekommen, nachdem durch geologische Sachverständige festgestellt worden war, daß durch den Abbau der Kohle, insbesondere durch die Bohrungen im Karstollen, für die Badenweiler Quellen nichts zu befürchten ist. Die Gewerkschaft „Glück auf Schwarzwald“ verpflichtet sich, alles zu tun, um den Ort nicht zu schädigen, insbesondere Luft und Landschaftsbild nicht zu verderben. Es sollen keinerlei Fabriken oder Schornsteine in der Gegend von Badenweiler errichtet werden, auch wird die Gewerkschaft keine auswärtigen Arbeiter nach Badenweiler ziehen, sondern außer den wenigen Aufsichtsbeamten nur Ortsansässige einstellen. Als Betriebskraft wird nur Elektrizität verwendet werden. Andererseits soll jetzt zum ersten Male von wirklichen Bergleuten eine fachmännische, unter wissenschaftlicher Kontrolle stehende bergbauliche Tätigkeit in der Umgegend von Badenweiler begonnen werden.

Der bekannte Vokalistungs-Hygieniker Leger-Casario aus Frankfurt a. M., der kürzlich schon mit großem Erfolg hier 2 Kurse abhielt, wiederholt diese auf Wunsch vieler Personen. Seine Methode ist eine Zusammenfassung von geradezu verblüffender Wirkung bei vielen krankhaften Zuständen, z. B. Hals- und Lungenleiden, Schwäche der Verdauungsorgane, Kropf, nervösen Erscheinungen usw., was Zeugnisse von ärztlicher und privater Seite, auch von hier, bezeugen. (Siehe Anzeige in dieser Nummer.)

Veranstaltungen.

Theaterabend. Morgen findet im Nationaltheater die Aufführung von „Der Schatz der Martin“, Tragödie in fünf Akten von Hans J. Krellig statt. — Franz Schreier über „Der Schatz der Martin“, die bereits im Nationaltheater vorberichtet wird, erlebte im Vorjahr im Frankfurter Opernhaus die Aufführung. Das Werk hatte damals großen Erfolg und wurde seither von 40 Bühnen (darunter auch Berlin und Wien) zur Aufführung angenommen.

Violinabend. Wir verweisen an dieser Stelle nochmals auf den Violinabend von Fritz Kreisler, der heute in der Harmonie um 7 Uhr beginnt. Am Flügel begleitet Ernst Toch.

Table with 2 columns: National-Theater and Neues Theater. Rows include dates and play titles like '6. Volkstheater', 'Der Barbier von Sevilla', 'Uraufführung: Der Chauffeur Martin', 'Aber Miete: Die Waise', 'Aus Miete: Im weißen Rössl', 'Undine', 'Neu einstudiert: Im weißen Rössl', 'Will's Frau'.

Aus dem Lande.

Helldorf, 10. Nov. Gestern wurde von einem Diebstahl berichtet, den zwei fahrende Kriminalbeamte in einem Hause der Gaisbergstraße gemacht haben sollten. Wie sich jetzt herausstellt, war der Diebstahl fingiert. Die Vermieterin des Hauses, Witwe Katharina Siedinger, hatte die Sachen selbst befestigt. Sie hat heute früh eingestanden, daß sie einer bei ihr wohnenden Dame Schmuckstücke, Silberwaren, ein Sparfassenbuch und 2000 Mark im Gesamtwerte von 70 000 M. selbst gestohlen und, um den Diebstahl zu verheimlichen, die Geschichte von den zwei fahrenden Kriminalbeamten erdacht hat. Die gestohlenen Sachen konnten wieder beigebracht werden. Die 2000 Mark Bargeld will sie verbrannt haben.

Karlsruhe, 10. Nov. Im Alter von 71 Jahren ist hier Geh. Oberforstrat a. D. Jover Gebhard Sieferl, früher Professor an der Technischen Hochschule, gestorben. Der Dahingegangene hat sich große Verdienste erworben als Lehrer des Forstwesens, wie auch als berufener Vizepräsident des badischen Waldreichthums. Geh. Oberforstrat Sieferl wurde im Jahre 1849 in Freiburg geboren. 1869 wurde er Forstpraktikant, 1879 Oberforstrat in St. Blasien, 1890 Forstrat bei der Domänenabteilung, 1893 ord. Professor in der Abteilung für Forstwirtschaft an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, 1899 Oberforstrat und im Jahre 1910 Geh. Oberforstrat. Von 1908/09 war Sieferl Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Donaueschingen, 10. Nov. Der Erbprinz zu Fürstentum hat sich mit der Gräfin Franziska Kottgitschek in Wien verlobt.

Kassel, 10. Nov. Zum Brand in den Kasseleierwerken wird der „Freien Stimme“ noch geschrieben: Ein eigenartiges Spiel des Schicksals besteht darin, daß am Samstag die Gesellschaften sowie Aufsichtsratsmitglieder der Kasseleierwerke G. m. b. H. sich in Karlsruhe befanden, um die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zu vollziehen. Die Verhandlungen waren bereits in die Wege geleitet, als das Brandunglück bekannt wurde. Daraufhin wurden sie sofort abgebrochen und mehrere Herren reisten ab.

Gerichtszeitung.

Kassel, 10. Nov. Das Schöffengericht Verhagen verurteilte den Gutsbesitzer Philipp Rehmanna auf dem Weinbergsberg (Amt Verhagen) zu 10 000 Mark Geldstrafe entl. 1 Jahr Gefängnis, weil er ca. 87 Hektar Getreide unter dem Hut und Straß seines Anwesens versteckt hatte, um es der Aufnahme zu entziehen. Das Landgericht Kassel hat die Verurteilung gegen dieses Urteil zurückgewiesen. Das hinterlegene Getreide wurde ohne Zahlung einer Getreideabgabe für verfallen erklärt.

Sportliche Rundschau.

Pferderennen.

12. Herannahende Verlegung der Karlsruher Rennen. Bis für den heutigen Donnerstag in Karlsruhe angelegten Rennen des Braunsberger Rennvereins können wegen des bevorstehenden Herbstwinters nicht abgehalten werden und müssen auf Samstag, den 13. November verschoben werden.

Winterport.

Der Termin für Skiläufe und Rufe 1920/21. Der Skiläuferverband: Garmisch, Mitte oder Ende Januar; Thür. Skiläuferverband: Oberhof 4.-6. Februar; Schwäbischer Skiläuferverband: Ulm, 10. und 11. Januar. — Skiläufer: Hochschule für Betriebslehre: Weim. Winterportverleihung (7. bis 15. Jan.) im Kitzbühelgebirge; Skiläufer: Springbrunn und Freizeitsportverein v. Schönb. G. m. b. H. in Großschlotheim (28. bis 1. Jan.). — Neuer Sprunghügel: Schönb. G. m. b. H. (12. Jan.).

Zwei wandern einander gegenseitig im Leben zurück, die beiden aber im alten Bekanntheit von Herz und Niere, das der Dichter ja aufgegeben hatte. In diesem Werke ist alles also nur Wille, auch sprachlich stellt sich noch viel zur Wehre. Im Charaktere Wort n dagegen (Wandlungsbild bei Osterfeld u. Co., Berlin) fühlt man überall die Kraft eines Talents durchbrechen, das nur darum noch nicht ans Ziel gelangte, weil es in jugendlichem heiligem Eifer die Umgestaltung überhörte. — Alfred Kaderka.

Kunst und Wissen.

Das Orchester des Königl. Hoftheaters in Karlsruhe. Das war am Montag endlich einmal ein Programm ohne irgend welche Experimente. Weyers Gurrenthen-Duett wurde im Konzertsaal merkwürdigerweise nie so recht wirkungsvoll, dann die dritte Besetzung des Abends, die prächtige G.-Dur-Symphonie Nr. 18 von Haydn und neben der G.-Dur-Romance für Violine und Cello von Beethoven, Mozart's entzückendes Violin-Quintett in D-Dur. Als Solistin war Frau Frieda Gramer-Berlin gewonnen. Eine gewiß zukunftsreiche Geigerin, die mit klarer, sauberer Technik allen feinsten Feinheiten des Mozart-Quintettes gerecht wurde und mit welchem innigem Ton die Beethoven-Romance spielte. Das Orchester hatte unter Madig einen guten Tag. Besonders die Streicher schienen ganz auf der Höhe und so wurde das Finale der Symphonie dank auch Madigs scharfer Führung wirklich zu einem Heilen Ereignis. Das ganglich ausverkaufte Haus zeigte sich außerordentlich dankbar.

Sanna Müller.

Das Denten-Quartett in Baden-Baden. Im Theater- und im Konzertsaal haben die Veranstaltungen jetzt eine Unterbrechung erfahren denn für die Städtischen Schauspiele wie für das Städt. Orchester ist der November Ferien-Monat. Dafür gibt es verschiedene Gastspiele ausländischer Künstler-Vereinigungen und ein solches wurde im Gartenkino des Kurhauses von dem Mannheimer Denten-Quartett gegeben. Die Mitglieder desselben, Wilhelm Denten, Wile Anton-Wanner, Jeanne Freund-Nayn u. A. Roman sind hier fast alle gute Bekannte und gern gesehene Gäste. Ihre gelungene Darbietungen waren auch im Konzertsaal ausverkauft, bei denen besonders das harmonische Zusammenklingen und die Klangschönheit der Stimmen bewundert wurde. Die einzelnen Programmpunkte wurden merkwürdig zur Ausführung gebracht, und die Juchzer Phantasie des Singers nach jeder der selben reicher und verdienter Beifall. Mit Anerkennung sei auch Frau S. näherer genannt, welcher am Klavier sich ein feinsinniger Begleiter war.

Dr. Henry Thode. Der deutsche Kunsthistoriker Henry Thode ist heute nacht im Reichshospital Kopenhagen nach einer Operation verschieden.

Die Verkehrslage im Ruhrgebiet.

Essen, 10. Nov. Trotz der starken Versandbeschränkungen und Transportunterbrechungen auf dem Wasserwege gestaltete sich die Verkehrslage auf den Eisenbahnen in der vergangenen Woche etwas günstiger, hauptsächlich weil am Allerheiligentage die Wagenzuführung und Abholung eisenbahnseitig voll durchgeführt wurde. Die werktägliche Stellung stieg von 20 132 auf 21 144 Wagen, während die Fehlziffer etwa um die Hälfte, nämlich um 735 Wagen zurückging. Die Lagerbestände nahmen von 122 547 auf 128 023 Tonnen am 2. 11. zu. Die Transportverhältnisse auf dem Rhein sind namentlich im Hinblick auf die Erschwernisse, welche die vorgeschrittene Jahreszeit zur Folge hat, anhaltend schlecht. Infolgedessen ging der Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen weiter zurück. Während in der vergangenen Woche noch 23 855 T. gekippt wurden, betrug die Umschlagsleistung in der ersten Novemberwoche nur 21 037 Tonnen werktäglich. Da der Streik der Privatschlepper auf dem Dortmund-Ems-Kanal immer noch anhält, ist der Brennstoffumschlag auf den Kanalzechen abtransportiert auf 2000-3000 Tonnen werktäglich zurückgegangen. Der Abtransport nach Norden und Osten ruht vollständig. Die Eisenbahnverwaltung ist noch nicht in der Lage, den Versand ausfall ganz zu übernehmen. Infolgedessen müssen die auf den Kanalausschlag angewiesenen Zechen zurzeit einen Teil ihrer Förderung auf Lager nehmen.

Rheinisch-westfälische Schweißereivereinigung, Hagen.

Düsseldorf, 10. Nov. (Eig. Drahtb.) Die Vereinigung hat ihre Preise für Lieferungen ab November bis Ende Januar wie folgt ermäßigt: Gewöhnliches Handelseisen 3800 gegen 4100 M. Schraubeneisen, Preßmutter- und Hufeisen 3050 gegen 4160 M. Niet- und Ketteneisen 4000 gegen 4300 M. Die übrigen Sorten bis 4300 gegen 4500 M pro Tonne, je nach Qualität ab Werk bei Bezug von mindestens 10 000 t.

Buderus-Eisenwerke A.-G., Wetzlar.

Düsseldorf, 10. Nov. (Pr.-Tel.) Zu den in der letzten Zeit an der Berliner und Frankfurter Börse geäußerten Interessensäußerungen von Aktien dieser Gesellschaft verriet, daß diese von Kreisen vorgenommen wurden, die den Rombacher Hüttenwerken sowie der Eisenhandelsfirma Karl Später in Koblenz nahestanden.

H. B. Lomann u. Co., Salpeterwerke in Hamburg.

Berlin, 11. Nov. (Eig. Drahtb.) Die Gesellschaft beruht eine a.-o. G.-V. ein, der der Verkauf des überschießenden Besizes der Gesellschaft an ein Konsortium für den Preis von etwa 16,32 Mill. M vorgeschlagen werden soll. Die Käufer wollen eine neue Gesellschaft gründen, die jedem Aktionär fünf Aktien für je 220 M überlassen und außerdem noch 30 000 Aktien zu 10 Schilling ausgeben wollen. Unkaufmännisches Geschäftsgebahren des Reichswerkes Spandau.

Wegen des Geschäftsgebahrens des Spandauer Reichswerkes hat die Dresdener Handelskammer beantragt, eine Einrede an das Wirtschaftsministerium zu machen, in der darauf hingewiesen wird, daß von dem Reichswerk Spandau infolge unkaufmännischer Kalkulation Waren zu wesentlich niedrigeren Preisen angeboten werden, als dies den Privatbetrieben möglich ist. Es wird beantragt, daß in jedem der Reichsregierung unterstellten Betriebe die Kalkulation nach kaufmännischen Grundsätzen vorgenommen werden müsse.

Die Sarotti-Schokolade und Kakao-Industrie A.-O., Berlin schlägt eine Dividende von 20% und eine Sonder-Ausschüttung von 20% an die Aktionäre vor (G. V. 20%).

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 10. November.

Table with 3 columns: 5. Novbr., 10. Novbr., 8. Novbr. Items include Elektrolytkupfer, Refinelektrolytkupfer, Zinn, Kupfer, Nickel, Silber für 1 kg, Aluminium, etc.

5. Lederbörsentag in Mainz.

Die Stimmung auf der gestrigen Lederbörse ließ eine allgemeine abwartende Haltung erkennen. Im Vordergrund des Interesses stand das Ergebnis der Stuttgarter Hüttenauktion. Die Lederfabriken sind nicht in der Lage, auf die seither notierten Preise Zugeständnisse zu machen. Preiswerte, in den gangbaren Lederorten angebotene Partien fanden zu den seitherigen Notierungen gern Abnahme. Die anschließende Hüttenauktion verlief bei ziemlich hohem Gebot Erlöst wurden ungefähr die Septemberpreise, also zirka 10-15% unter den Oktoberpreisen.

Schillerbörse in Ruhrort, 10. Nov. Tagesmiets von der Rhein-Ruhr-Häfen nach Mannheim 1.35 M. bei 25 Tagen Garantie. Schlepplöwe von den Rhein-Ruhr-Häfen nach St. Goar 30 bis 36 M. nach Mannheim 50-55 M.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Table with 7 columns: Pegelstation von Rhein, Datum, 6, 7, 8, 9, 10, 11, Bemerkungen. Rows include Schusterhörn, Bessau, Mannheim, Mainz, Elberfeld, etc.

Witterungsbericht.

Table with 6 columns: Datum, Temperatur, Windgeschwindigkeit, Niederschlag, Luftdruck, Bemerkungen. Rows include 6. November, 7. November, 8. November, 9. November, 10. November, 11. November.

Quartalsrechnung: Dr. Fritz Wolbenbaum.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Wolbenbaum; Dr. Fritz Wolbenbaum; H. Wolbenbaum; für Verlags- und den übrigen redaktionellen Ansat: Friedrich Schönlender; für Druck: Dr. H. Reppel; für Anzeigen: Kurt Engel; Druck und Verlag: Ludw. Fr. Dons, Wunderrath Central-Druckerei G. m. b. H., Mannheim K. 1. 2.



Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Verletzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und heilenden Wirkung Nivea-Creme. In Dose und Tuben zu haben in den Apotheken und Drogeriehandlungen.

**Offene Stellen**  
**Filial-Büro**  
 einer erfindungsreichen Holzverarbeitungsmaschinenfabrik, welche in Maschinen mit Kugellagerbau und prompt liefern kann, sucht  
 12532  
**geeignete Herren**  
 welche Interesse übernehmen wollen. Angebote unter V. V. 29514 an die Ann.-Exped. Bonacker & Rantz, Düsseldorf.

**Gesucht**  
**Jünger, perfekter Stenotypist(in)**  
 welcher auch in der Lage ist, andere Büroarbeiten mitzuerledigen. Ausführliche Angebote an die Firma Ernst Reinhard, Mannheim, Rheinaltstrasse 8 b. abgeben.  
 12540

**Perfekter Stenotypist (in)**  
 Nr. sofort oder später von **Großhandlung** gesucht.  
 Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter F. U. 145 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 12544

**Tüchtige selbständige Monteure u. Hilfsmonteure**  
 für Licht- und Kraftanlagen gesucht.  
**Süddeutsche Elektrizitäts-Gesellschaft**  
 Montage-Abteilung 12538  
 Mannheim, Seckenheimerstr. 130.

**Leistungsfähige Maschinenfabrik sucht Vertreter**  
 gegen Provision zum Vertriebe ihrer Spezialmaschinen für die Papierverarbeitende Industrie. Nur wirklich tüchtige Herren besitzen ausführliche Angebote zu richten unter F. V. 146 an d. Geschäftsstelle.  
 12541

**Krautfahrer**  
 Bedienung für Benz u. NAG 10/40, mit sämtlichen Reparaturen vertraut, der auch in Werkstatt tätig und Nebenarbeiten übernimmt  
**gesucht.**  
 Nationale Seilwinde, Angebote mit Lebenslauf, in Journalen, Photographie und Gehaltsansprüchen, event. Wohnung, Heiratsnachricht unter E. H. 118 an die Geschäftsstelle des Blattes abgeben.  
 12443

**Bedeutende Gummifabrik**  
 sucht zum sofortigen Eintritt für Büro und Kasse (einschließlich Reise) einen jüngeren, **branchekundigen Herrn**  
 der nachweislich mit Erfolg bei Hochdruckmaschinenbetriebe eingesetzt hat. Ausführl. Bsp. mit Lebenslauf u. Gehaltsansprüchen unter X. D. 54 an die Geschäftsstelle des Blattes abgeben.  
 12542

**Lagermeister**  
 in Dauerstellung gesucht. Handwerker bevorzugt. Kautionsleistung erwünscht, jedoch nicht notwendig. Angebote unter X. D. 54 an die Geschäftsstelle des Blattes.  
 12543

**Lehrling**  
 mit einjährigen-Zeugnis von bedeut. Großhandlung für sofort od. später gesucht. Selbstgeschrieb. Angebote u. E. O. 114 an d. Geschäftsst.  
 12540

**Kaufmännischer Lehrling**  
 mit einj. Zeugnis von besserer Elektr.-Apparate-Firma gesucht. 12540  
 Angebote unter F. T. 144 an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Zuverlässige Stenotypistin**  
 mit guten Kenntnissen in den allgem. Büroarbeiten in Dauerstellung für 1. Dezember oder später gesucht. Angebote unter Y. B. 77 an die Geschäftsstelle.  
 12545

**Guter Verdienst! Reisende**  
 auch Damen zum Werben von Wohnungen für neue Verfügnungszeit. Schriftl. sofort gef. \*317  
**W. H. Kühn**  
 Rheinaltstrasse Nr. 85.

**Tüchtiger selbständ. Vulkaniseur**  
 für Auto-Bereifung gesucht. \*397  
**Kaiser, D 1, 12.**

**Älterer Elektromonteur**  
 welcher selbständig Licht- und Kraftanlagen errichten und ausführen kann in ausführende Stellung mit Gehaltsanspruch gesucht. Angebote unter W. N. 38 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. \*32042

**Vertreter**  
 und Hausierer gef. habes Einkommen. \*394  
**Burgstr. 21, I. St. r.**

**Selbständiger Klavierspieler**  
 für Sonntag und Sonntag gesucht. \*320  
**Steg, G 7, 31.**

**Kurz- u. Maschinen-Schreiber(in)**  
 mit guter Bügemeinbildung und Büro-Erfahrung per 1. 1. 21. event. früher gesucht. \*32051  
**Hindolp Sepp & Co., H 7, 20.**

**Austräger**  
 für Bekleidungs-Industrie gesucht. \*318  
**W. H. Kühn**  
 Rheinaltstrasse 85.

**Manufakturwaren Konfektion**  
**Tüchtige Verkäuferin u. Kontoristin**  
 perfekt in Stenographie und Schreibmaschine per sofort oder später gesucht.  
**Emil Bismann Hrv.**  
 Ludwigstr. 43.  
 12535

**Jünger, Fräulein**  
 zur Bedg. von Zahnarzt gesucht. Angebotem. Gehaltsanspruch u. P. V. 71 an die Geschäftsstelle. \*3672  
**Perfekte Stenotypistin und Maschinenschreiberin**  
 einige Monate u. Lust, gef. Ang. u. X. W. 71 an die Geschäftsstelle. \*398  
**Bekehrte**

**Bekleberinnen**  
 für Zigarettenfabrik sofort gesucht. Dauernde Arbeit.  
**Petersen & Co.**  
 E. S. 10. \*32047

**Tüchtige Haus-Näherin**  
 gesucht. \*357  
**Augusta-Koloss 14, 3. St.**  
 für einen in Haushalt, braunes, fleißiges (\*34)

**Alleinmädchen**  
 gesucht. \*376  
**T. G. 25, 1. Trepp.**

**Fräulein als Stütze**  
 zu älterer Dame für Nachmittags-Gesellschaft. \*366  
 Angebote unter X. P. 56 an die Geschäftsstelle.

**Tüchtiges Mädchen**  
 für Küche und Hausarbeit gesucht. \*370  
**Frau Droller**  
 Richard Wagnerstr. 9.

**Allein-Mädchen**  
 das im Kochen perfekt ist, bei hohem Lohn zu finden. In jedem Haushalt per sofort oder 1. Dez. gesucht. \*379  
**Dr. Strauss**  
 Richard Wagnerstr. 11.  
 Es wird ein \*375

**Zimmermädchen**  
 auf sofort oder 1. Dez. gesucht welches fernreisen, nähen und bügeln kann. Nebenverdienst. \*378  
**Richard Wagnerstr. 11.**  
 Es wird ein \*375

**MONTI**  
 ZIGARETTEN

ASTA NIELSEN  
 Raisuli  
 Taburett  
 Amnestie  
 Akustik

**MONTI**  
 MANNHEIM

**Bedeutendes Fabrik-Unternehmen der Textilbranche in Mittelbaden** sucht **gewandte Stenotypistin**  
 die flott nach Diktat schreiben kann und auch mit sonstigen Büroarbeiten vertraut ist. 12440  
 Ausführliche Bewerbungschriften erbeten unter E. L. 111 an die Geschäftsstelle.

**Zeichnerin**  
 mit Erfahrung in Schreibmaschine u. Stenographie gesucht. Ang. u. Y. C. 78 an die Geschäftsstelle. \*308

**Stellen-Gesuche**  
**Tüchtiger Schuhmacher**  
 sucht gute Stellung für hier oder auswärts.  
 Angeb. u. R. O. 14 an die Geschäftsstelle. \*1907  
**Tüchtiger selbständiger Konditor**  
 mit best. Empfehlung, sucht bald Stellung. Zu erfragen Gg. Reyer, Ludwigshafen Rheinstraße 64, III. \*374

**Fräulein**  
 mit jahrelanger Büroerfahrung sucht nach 5 Uhr **Beschäftigung**.  
 Angeb. u. X. J. 59 an die Geschäftsstelle. \*378  
**Für einständiges braunes Dienstmädchen**  
 beschäftigt und ehrl. mit besten Empfehlungen, das bei einem in Haushalt, braunes, fleißiges (\*34)

**2 gr. Eckhäuser**  
 mit bald freierw. Vorderterrassen, zu Büro u. Lager geeignet, in der Oberstadt und am Ring zu verkaufen. \*330  
 Angeb. u. A. O. 64 an die Geschäftsstelle.

**Haus**  
 mit evtl. 10. Zimmern, 2. St. mit 2 Bädern, für 40000 Mk. zu verkaufen. \*337  
 Gut erhaltener **Herren-Überzieher** zu verkaufen. \*337  
 G. 7, 1. II. St. rechts.

**Schlafzimmer**  
 eichen, gew. 180 Dreier Spiegelgl. mit Wäsche prima Arbeit sehr billig zu verk. **Kuch, J. S. 5.**  
 Angul. 10-12 u. 2-4 Uhr.

**Fabrikgebäude**  
 I. Oberstadt, neu, 22 W. lang, u. 20 m. hoch, Wohnhaus, viele, Licht, Feuertrennung 200000 Mk. mäßig gen. 2000 Wohnhaus 3. 75,000 Mk. zu verkaufen. \*3204  
**Jean Bauer**  
 Heppenheim, Bergstr.

**Eleganter Salon (Mahagoni)**  
 mit echter Bronze weizen Blagmangel sehr billig zu verkaufen. \*312  
 Anzucl. bei Schreinermeister Hrv. Steigstr. 28  
**Kinderbett**  
 vollständig, mit Matratze abgegeben. \*32045  
**Mag. Dörfstr. 32, IV. Itz.**

**Umzugshalber preiswert zu verkaufen**  
 Schöner Salon, sowie Wohnzimmer, 2 hohe Spiegel (Trumeau) auch für Frisüre u. Schneider passend, Waschtisch, Küchenschrank, Eisschrank, Beleuchtungskörper, Bilder, Doppeltüre etc. \*312  
**N 7, 10 parterre.**

**Zweisitz-Auto**  
 Stoeber, 6½, tabellos erhalten, wegen Tod des Besitzers sofort zu verkaufen. 12530  
 Angeb. u. F. S. 143 an die Geschäftsstelle.

**Dezimalwaage**  
 neu, 200 kg Tragkraft, mit Schiebergewicht und Zug zum Schließen zu 300 Mk. zu verkaufen.  
**Wolf, Mannh.-Waldhof, Roggenstr. 17.**

**Guter, gebrauchte Büromöbel**  
 Remington-Schreibmaschine mit unsterblicher Schrift sowie Kastenstuhl zu verkaufen. \*405  
 Angeb. u. X. Y. 74 an die Geschäftsstelle.

**Elektrischer Lüster**  
 6 Birnen, fast neu, preiswert abgegeben. \*337  
 Angeb. in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Zimmer-Ofen**  
 in dem gefocht werden kann, zu verkaufen. \*342  
 Oberer Querspart 13

**Gr. Ofen**  
 für Büro u. geeignet, für 250.- Mk. zu verkaufen.  
 Hindolpstr. 42, II. I.

**1 Email-Kochherd**  
 fast neu (Friedensqualität) 5 kleine Zimmernöfen billig zu verk. \*417  
**Schmid, Langstr. 29.**

**Gr. Bogenlampe**  
 für Spiritus, neu für 250.- Mk. zu verk. \*344  
 Hindolpstr. 42, II. I.

**3-teil. Oelschrank**  
 mit Schloß, u. Kellera-Druckel. \*326  
**R. G. 10.**

**Ein wenig gebrauchter Photographie-Apparat**  
 mit allem Zubehör preiswert zu verk. \*378  
 Zu erfragen bei Au, Lange Rheinaltstr. 74, rechts, ab nachm. 5 Uhr.

**Kauf-Gesuche**  
**Fabrik-Anwesen**  
 mit Gleisanfsluß, tolle Büroräumen in Mannheim oder Umgebung zu kaufen oder zu mieten gesucht.  
 Angebote unter F. M. 137 an die Geschäftsstelle.

**Brennholz**  
 Kleber-Kollen 1-2 m lang, ab 3 cm Ø aufwärts, 15 Waggons lieferbar sofort.  
 Preis franco Mannheim kauft \*330  
**Theodor Winkler, Leipzig, Friedrichstr.**

**Ein Haus**  
 mit Kolonialwaren- oder Lebensmittel-Geschäft zu kaufen gesucht. Größere Anzahlung kann geleistet werden. \*333  
 Angebote erbeten unter M. H. 1150 u. Ma-Haus an Ma-Haus & Bogler, Mannheim

**Feldgr. Rock**  
 zu kaufen gesucht. Ober, Bergstr. 25, V. Itz.  
**Querspartener harte Handkoffer**  
 zu kaufen gef. Ang. mit Preis unt. Y. B. 80 an d. Geschäftsstelle. \*409

**Vermietungen**  
**Möbliertes Zimmer**  
 sofort zu vermieten \*320  
 Seidenheimerstr. 104  
 Mannh.

**Ein einzelnes möbl. Zimmer**  
 an einen anständ. Herrn ist zu vermieten. Edert, Rodenau Wägr. 47. \*258

**Miet-Gesuche**  
**Tausche**  
 meine 3 bis 4 Zimmer-Wohnung Wägr. Dörfstr. geg. Part. 4 Zim.-Wohnung. Angebote unter V. J. 9 an die Geschäftsstelle d. Bl. \*3236

**Wohnungsaustausch**  
**4-Zimmer-Wohnung**  
 in A 2 gegen 4-6 Zimmerwohnung in Seidenheimerstr., wohnst. Nähe Postamt, zu tauschen gesucht.  
 Angebote u. W. O. 47 an die Geschäftsstelle.

**Wohnungsaustausch**  
 Eine schön ausgestattete 6 Zimmer-Wohnung in Brantental gegen eine schöne moderne 3-5 Zimmer-Wohnung in Mannheim zu tauschen gesucht. \*3082  
 Angebote unter X. O. 66 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Zwangvermietung**  
 Janes Hoff, Oberpost (Tübingen), sucht zwei leere Zimmer (rent. Mannheim). \*320  
 Gef. Ang. u. X. P. 68 an die Geschäftsstelle.

**Möbliertes Wohn- u. Schlafzimmer**  
 mit Hochlegende über voll. Heizung, event. mit Piano u. J. Ober, gesucht. Angebote an G. u. Lang, Hauptpoststr. 23.  
 12535

**Möbliertes Zimmer**  
 gesucht Ang. unt. X. R. 67 an die Geschäftsstelle. \*302  
**Ausländer (Wolgyn),**  
 Studierender an Handwerkschule sucht sofort oder später ein schön möbl. Zimmer  
 in gut. Hause für Dauer gegen gute Bezahlung. Angeb. unt. W. Z. 50 an die Geschäftsstelle. \*304

**Einmaliger Herr sucht möbl. Zimmer**  
 zum 1. Dezember. Angeb. unt. Y. A. 78 an die Geschäftsstelle d. Bl. \*404  
**Schwamm, viel auf Reisen** sucht gut möbl. Zimmer  
 in Mannheim. \*320

**2 leere Räume**  
 für Büro und Lager ist zu mieten gesucht. Angebote unter U. J. 84 an die Geschäftsstelle. \*3204

**Zigarren-Geschäft**  
 einzeln in guter Lage oder Laden mit Wohnung per sofort gefucht.  
 Es kann jedoch 5 Zimmer-Wohnung dafür gefucht werden. \*331  
 Angebote unter W. J. 42 an die Geschäftsstelle.

**Zigarrengeschäft**  
 zu mieten oder kaufen gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle. \*415

**Schöner Laden**  
 in bester Lage der Stadt für Schokoladen-Spezial-Geschäft geeignet, sofort oder später zu mieten gesucht.  
 Ang. erb. unt. F. O. 129 an die Geschäftsstelle. \*3247

**Weinrestaurant**  
**Bäckerei, kleines Hotel** sofort od. später zu mieten gesucht; guter Keller, Preis Nebenw. lade, Wohnung gegen voll. Tauschwohnung  
 Angeb. u. X. C. 63 an die Geschäftsstelle. \*330

